

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.10 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der 'Mittelschicht'...

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 15. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Jürgens freigesprochen.

Fünf Monate Gefängnis für Frau Jürgens. - Fahrlässiger Falscheid.

Nach mehr als siebenstündiger Beratung wurde im Jürgens-Prozess...

Die Angeklagte Marie Jürgens wird wegen Meineides nach § 157 des Strafgesetzbuches zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt...

Der Angeklagte Bernhard Jürgens wird freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens, soweit Freisprechung erfolgte, werden der Staatskasse auferlegt...

Das Urteil im Jürgens-Prozess kam nicht überraschend. Die Stimmung im Gerichtssaal...

Als vor einem Jahr die ersten Nachrichten über die angeblichen schweren Verfehlungen des Landgerichtsdirektors Jürgens...

Hätte ein preussischer Staatsanwalt den Mut aufgebracht, gegen einen preussischen Landgerichtsdirektor das Ermittlungsverfahren zu eröffnen...

So dürfte die Öffentlichkeit auf den Prozess gespannt sein. Der Verlauf der Gerichtsverhandlung ist bekannt.

ihren Vergangenenheit nicht allein einen guten Haushalt und einen nicht zu verachtenden Nachlaß von ihrem ersten Manne...

Die Beweisaufnahme ergab ferner, - und die Urteilsbegründung hat das bestätigt - daß die Frau nach der Art ihrer Persönlichkeit und nach der Lage der Verhältnisse...

Sollte aber dem Landgerichtsdirektor Unrecht widerfahren sein, so wird man sich mit Recht fragen dürfen: Wenn gegen einen Landgerichtsdirektor unberechtigt ein Ermittlungsverfahren eröffnet werden kann...

Jürgens ist von der Anklage des fahrlässigen Falscheides freigesprochen worden. Man mag über den juristischen Tatbestand denken, was man will...

Was wird mit Jürgens nach dem Urteil? Als unabsehbarer Richter wird er Landgerichtsdirektor in Berlin bleiben.

Minister und Unternehmer.

Die Wirtschaftspolitik als Magd des Unternehmertums.

Der Reichstag hat gestern mit der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums begonnen.

Über dieser ganzen Debatte schwebte wie ein düsterer Schatten die Tatsache: wir haben zweieinhalb Millionen Arbeitslose in Deutschland.

Der Reichswirtschaftsminister des Bürgerblocks, Dr. Curtius, hat den programmatischen Satz geprägt:

„Endziel der ganzen Rationalisierung muß die Wiederaufnahme aller brauchbaren Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess und die Hebung der Kaufkraft der ganzen Bevölkerung sein.“

Jawohl, das müßte das Endziel sein! In Wahrheit hat das deutsche Unternehmertum als Ziel der Rationalisierung betrachtet: Steigerung der kapitalistischen Rente auf Kosten der Arbeiter und der Kaufkraft des Volkes!

Herr Dr. Curtius ist der Wirtschaftsminister des Bürgerblocks. Er verbirgt das wahre Wesen seiner Regierung hinter einer theoretischen Zielsetzung...

In der Debatte gab der deutschnationalen Abgeordnete Reichert, der Vorsitzende des deutschnationalen Industriellenausschusses, eine Erklärung dafür, wie das Unternehmertum die Ausführung dieses Programms aufsaugt.

„Wenn einzelne Arbeitslose leiden, so dürfen Sie nicht übersehen, wie sich die Löhne der Beschäftigten entwickelt haben.“

Dieser Ausspruch eines deutschnationalen Unternehmers, und dieser programmatische Satz des Reichswirtschaftsministers des Bürgerblocks - das ist das Gesicht des Bürgerblocks...

„Die Rationalisierung hat uns doch wenigstens wieder eine Rente gebracht!“ rief Herr Reichert voll Freude aus. Er will diese Rente mit Nägel und Zäunen verteidigen.

Der Minister hat von Aufbau der Wirtschaftspolitik auf wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis gesprochen. Der Unternehmer hat gezeigt, daß im Bürgerblock das brutale Klasseninteresse des Unternehmertums über die wissenschaftliche Erkenntnis triumphiert.

Die Rednerin der Opposition, die Genossin S e n d e r, hat den Worten des Ministers die Tatsachen der deutschen Wirtschaftspolitik gegenübergestellt...

Und auf dem Gebiete der Sozialpolitik: hat der Minister sich eingesezt für eine Verlängerung der Arbeitszeit für den Achttundentag...

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik: hat der Minister sich eingesezt für eine Verlängerung der Arbeitszeit für den Achttundentag, für die wirksamste Bekämpfung der Ueberstundenwirtschaft...

Abrüstungsdebatte im Unterhaus.

Die Arbeiterpartei für ein Abkommen über Flottenabrüstung.

London, 14. März. (W.T.B.) Unterhaus. Der Arbeiterführer M m m o n erklärte, es könne keine bessere Zeit als die gegenwärtige geben, um allen anderen Nationen den aufrichtigen Wunsch zu zeigen, die Flottenausgabe zu vermindern.

Gefahr für den Weltfrieden.

Es sei dieselbe Lage wie in der Nordsee vor dem Krieg. Man habe den Singapore-Plan, die indische Flotte und die Versammlung dieser Streitkräfte in den Gewässern des fernen Ostens.

Der liberale Rumpfen erklärte, es näherte sich rasch ein Punkt

in der Geschichte der Flottenabrüstung, wo eine neue Krise entstehen werde, wenn die Periode des in Washington festgesetzten Abkommens zu Ende gehe...

neuer „Ausbruch“ des Flottenbaues stattfinden.

Der Arbeiterparteiliche Kenworthy befürwortete eine internationale Konvention der drei Hauptflottenmächte Großbritannien, Amerika und Japan...

Kuomintangsvormarsch.

Schinakriegsschiffe vor Schanghai unter der Kanonenslange.

London, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten Meldungen über die militärische Lage um Schanghai werden in London dahin beurteilt, daß General Tchang-Tschung-Tschung bereits jegliche Hoffnung aufgegeben habe...

Die Kanonentruppen stehen 55 Kilometer von Nanking entfernt. Der schon so oft angekündigte Fall Nankings steht angeblich unmittelbar bevor.

Diese Reichstagsdebatte war umgehender lehrreich. Sie hat die traurige Situation der deutschen Wirtschaft gezeigt, aber auch die traurige Situation der deutschen Wirtschaftspolitik. Die soziale Not schreit zum Himmel, und die Leute vom Bürgerblock müssen sich mit ihr auseinandersetzen. Es tut es jeder auf seine Weise. Der eine mit Brutalität, der andere mit schlechtem Gewissen, das ihm schöne Worte einigt. Aber ob Brutalität, ob schlechtes Gewissen: Das Klasseninteresse des Unternehmertums triumphiert, und die amtliche Wirtschaftspolitik wird zu seiner Magd.

Herr Curtius hat einst, als er ausersehen war, der Kanzler des Bürgerblocks zu werden, feierlich verkündet, daß auch der Bürgerblock eine soziale Politik treiben werde. Er hat mit gemachter Entrüstung das Wort vom Besitzbürgerblock zurückgewiesen. Herr Curtius hat auch gestern wieder versucht, dem Bürgerblock ein soziales Gesicht zu geben. Aber der deutsch-nationale Unternehmer hat ihm fast noch in derselben Stunde einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Dieser Unternehmer, der Deutsch-nationale Reichert, das ist der Typ jener, die in Wahrheit die deutsche Wirtschaftspolitik bestimmen. Die Rente über alles — mögen auch 2½ Millionen Arbeitslose auf dem Pflaster liegen und die Arbeitenden unter Ueberarbeit seufzen die Rente über alles — um den Preis der Verewigung des grotesk-grauenhaften Widerspruchs zwischen Ueberarbeit hier, Massenarbeitslosigkeit dort.

Soziales Gewissen? Das soziale Gewissen des Bürgerblocks kommt zum Ausdruck in den Worten: „wenn auch einzelne Arbeitslose leiden...“

Wenn auch einzelne Arbeitslose leiden... Wir haben 2½ Millionen Arbeitslose in Deutschland, und der Bürgerblock bestimmt die Wirtschaftspolitik!

## Erwerbslosen- und Krisenfürsorge.

### Notwendige Maßnahmen zu ihrer Verlängerung.

Der bisherige Verkauf der Beratungen über die Arbeitslosenversicherung läßt keinen Zweifel mehr darüber zu, daß dieses Gesetz nicht am 1. April in Kraft treten kann. Es ist deshalb notwendig, das Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose, das nur bis zum 31. März 1927 gilt, unverzüglich zu verlängern. Die Möglichkeit dazu bietet der § 10 Absatz 2 des Gesetzes über eine Krisenfürsorge. Danach kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Geltungsdauer dieses Gesetzes verlängern. Es erscheint uns selbstverständlich, daß dieses ohne Einschränkung auf einzelne Berufe oder Bezirke geschieht. Gleichzeitig muß auch für Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge und für die Beibehaltung der Unterstützungsätze gesorgt werden.

Das Reichsarbeitsministerium hat die Pflicht, die notwendigen Maßnahmen sofort zu veranlassen, damit die gegenwärtige Unsicherheit beseitigt ist!

## Wendung im Stahlhelm.

### Der Herzog von Koburg Bundesführer.

München, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag versammelten sich in Koburg die Größen des Stahlhelms. An ihrer Spitze der Bundesführer Seidte, der Paulsch Ehrhardt und der ehemalige Führer der früheren bayerischen Einwohnerwehren Forstner Echerich. Bei dem öffentlichen Begrüßungsakt, an dem die städtischen und staatlichen Behörden teilnahmen, wurde besonders der Beitritt des Herzogs von Koburg zum Stahlhelm gefeiert, der, wie erklärt wurde, als erster deutscher Bundesführer sich nunmehr aktiv an der vaterländischen Arbeit beteilige. In seiner Ansprache wies Kapitän Ehrhardt darauf hin, daß gerade vor sieben Jahren sein Versuch, die heutige Staatsform mit Gewalt zu brechen, an der Gleichgültigkeit und Unzulänglichkeit der nationalen Führer gescheitert sei. Heute sei es unmöglich,

noch einmal mit Gewalt den Staat umzustürzen zu wollen, eine Änderung könne nur durch intensive Kleinarbeit bewirkt werden. Zur Errichtung des neuen Staates müsse man in den jetzigen Staat hinein.

## Wahlauflast in Deutschösterreich.

### Sozialdemokratische Erfolge.

Drei Jahrzehnte sind vergangen, seitdem in Österreich zum erstenmal das allgemeine Wahlrecht angewendet worden ist. Das war in der sogenannten fünften Kurie, die den vier Wählerklassen der Besthenden angeschlossen wurde; danach sollte jeder über 24 Jahre alte männliche Österreicher wahlberechtigt sein, und die bevorrechteten Wähler der oberen vier Klassen stimmten auch nochmal in der fünften mit, auf daß die Bestlofen möglichst eine eigene Vertretung nicht erlangten. Die fünfte Kurie hatte zu den 353 Abgeordneten der Begüterten noch ganze 72 hinzuzuwählen. Es gelang der jungen österreichischen Sozialdemokratie aller Nationen, auf den ersten Anheb 14 von diesen 72 Mandaten zu erringen, ungeachtet der gewaltigen Größe der Wahlkreise und trotz der zum Teil noch indirekten mündlichen Wahl! Zwei von den damaligen 14 sind heute noch sozialdemokratische Abgeordnete: der Deutschböhme Eduard Rieger im Nationalrat zu Wien und der Pole Ignaz Dajzynski im Warschauer Sejm, dessen Vizemarschall er ist.

Nun steht die deutschösterreichische Sozialdemokratie wieder einmal vor einem großen Wahlkampf. Nicht mehr wie damals können die Christlichsozialen in Wien durch ungeheuersten Amtsmißbrauch des städtischen Wahlamtes die Wahlen fälschen, auch auf dem Lande draußen geht das heute nicht mehr. Darum versuchen sie nun, durch den Schutzbundschrecken die Wähler einzuschüchtern. Wie gering ihre Erfolgsaussichten sind, hat sich erst jüngst gezeigt, als drei Gemeindevertretungen in niederösterreichischen Landorten neu gewählt worden sind. In Tulln gewannen unsere Genossen Stimmen, wenn auch nicht ein weiteres Mandat, während die Christlichsozialen und Großdeutschen je ein Mandat an die Wirtschaftspartei verloren; in Bruck an der Leitha konnten die vereinigten Bürgerlichen ihre Mandatzahl nur mit Not und unter Stimmenverlust behaupten, während unsere Genossen erheblich Stimmen und das Mandat der Kommunisten hinzugewannen. Und auch in dem Industriort Breitenau war das Verhältnis das gleiche: überall die Sozialdemokratie im Vormarsch! So wird der 24. April ein Siegeszug unserer Bruderpartei in unserem Bruderlande, der deutschen Alpenrepublik, sein.

## Kommunistisches Angebot und sozialdemokratische Antwort.

Auf den Brief der kommunistischen Parteileitung, in der diese sich bereit erklärt, bei den Wahlen Stimmabgabe für die Sozialdemokratie zu empfehlen, wenn sich die Sozialdemokratische Partei verpflichtet, im Falle der Eroberung der Mehrheit im Nationalrat gewisse Forderungen der Kommunisten durchzusetzen, hat der sozialdemokratische Parteivorstand geantwortet, daß die Partei im Wahlkampf nur für ihr eigenes Wahlprogramm kämpfe und sich, falls sie die Mehrheit erobere, nur von den Grundfäden ihres Programms leiten lassen könne. Deshalb sei der Parteivorstand nicht in der Lage, zu dem Zweck der Wahlvereinbarungen mit anderen Parteien in Verhandlungen über das Programm der Sozialdemokratie einzutreten.

## Nach der Ratstagung die Abrüstungsfrage. Starke Gegensätze.

Genf, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Ratsausschuß für Abrüstungsfragen versammelte sich am Montag unter Vorsitz des deutschen Vertreters, Ministerialdirektors Göpperl, zur Beratung der von dem belgischen Delegierten de Broedère (Soz.) stammenden und gemeinsam mit Lord

Robert Cecil und dem Amerikaner Titulesco eingebrachten Vorschläge für Anwendung von Art. 11 des Völkerbundespaktes im Falle von Kriegsdrohungen. Der italienische Vertreter Scialoja sprach scharf gegen die Vorfälle, indem er namentlich die Festlegung von neutralen Zonen bekämpfte. Ein Standpunkt wurde jedoch vom Lord Robert Cecil, de Broedère, Benesch und Titulesco entschieden abgelehnt. Der französische Vertreter Paul Boncour bezeugte den jetzigen Zustand als eine nicht für alle Fälle ausreichende Friedensversicherung.

Am Montag nachmittag trat der Sonderausschuß zur Vorbereitung der Konferenz für die Kontrolle der Waffenfabrikation zusammen. Vorsitzender wurde der deutsche Vertreter Graf Bernstorff. Auch hier kam es sofort zu einem starken Gegensatz, indem der amerikanische Vertreter als Programm seiner Regierung die Ausdehnung der Kontrolle auch auf die staatliche Waffenfabrikation bezeichnete, während der italienische Vertreter den Standpunkt vertrat, daß es sich nur um eine Konferenz für die Kontrolle der privaten Waffenherstellung handeln könne. Die Vorbereitung eines Programmentwurfs wurde einem Unterausschuß überwiesen, dem auch de Broedère, aber nicht Paul Boncour angehört.

## Das ostoberschlesische Schulkompromiß.

### Nachprüfung in 1793 Fällen erforderlich.

Bei den Anmeldungen in die deutsche Kinderheilschule hat die polnische Regierung 7114 Anmeldungen für ungültig erklärt. Präsident Calonder hatte die polnische Zurückweisung in insgesamt 602 Fällen für berechtigt erklärt, und zwar in 145 Fällen wegen mangelnder polnischer Staatsangehörigkeit der Kinder, in 391 Fällen wegen mangelnder Erziehungsberechtigung der anzumeldenden Personen, in 47 Fällen wegen Nichtzugehörigkeit zum Schulverband, in 12 Fällen, weil der angemeldete Schüler für eine andere Schule bestimmt war, und in 7 Fällen, weil der angemeldete Schüler nicht mehr schulpflichtig war. In allen anderen Fällen ging der Spruch dahin, daß die angemeldeten Schüler den Kinderheilschulen überwiesen werden müßten.

Bei den jüngsten Genfer Erörterungen wurde festgestellt, daß in 1427 Fällen, wo die deutsche Sprache als Muttersprache angegeben war und 2340 Fällen, wo die deutsche und zugleich die polnische Sprache angegeben war, die Kinder den Kinderheilschulen überwiesen werden müßten. Das jetzt abgeschlossene Kompromiß bezieht sich auf die 1793 Schüler, für die allein die polnische Sprache als Muttersprache angegeben worden ist. In diesen Fällen soll eine Nachprüfung stattfinden. Es kam angenommen werden, daß von diesen Fällen eine größere Anzahl auch noch als für die deutsche Kinderheilschule geeignet befunden wird.

Reichstagspräsident Genosse Löbe wird am Mittwoch die Kinnst verlassen und in seine Wohnung zurückkehren. Sein Befinden ist nach wie vor gut. Er wird aber zur völligen Genesung einen längeren Erholungsurlaub nehmen müssen.

Alara Joffin soll in Leningrad schwer erkrankt sein.

Hakenkreuzerliche Hochschulbuben in Wien haben durch ihre Böbeleien jetzt auch die Schließung der Weltkulturschule erzwungen. Bulgarische Faschistenburschen laien dabei mit, sie wissen, was die Seipel-Regierung solchen Ausländern erlaubt.

Der polnische Abg. Wojewodski, der seinerzeit vom Ausschuß-Organ und vom Vizetanzler Bartel als „Kochschallgericht“, einem Sonderausschuß, den er zunächst als befangen ablehnen wollte, rehabilitiert worden. Der Ausschuß erklärte die Beschuldigung für haltlos.

Kerensti geohrfeigt. Als Kerensti bei einer New Yorker Feier des 10. Jahrestages der russischen März-Revolution sprach (gegen die Sowjetregierung), wurde er von der Braut eines zaristischen Offiziers, die Kerensti vorwarf, am Tod ihres Verlobten schuld zu sein, geohrfeigt. Offenbar gründet sich diese Beschuldigung darauf, daß Kerensti den Krieg fortgesetzt hat, was ja zum Sieg der Bolschewiki führte. Kerensti bemerkte lediglich, daß monarchistische Offiziere eine Frau vorführen. Die Versammlung verlief stürmisch.

## Pensionopolis.

Von Hermann Schühinger.

Zunächst: „Pensionopolis“ hat nichts mit Thea von Harbous Mutterfilm „Retropolis“ zu tun und ist eine simple Erfindung des „Total-Anzeigers“ für seine Leser mit Offizierspension.

Bekanntlich hat sich vor einigen Wochen die von der Rechten heraufbeschworene „Denkschrift über die Pensionen und Wartegelder der Minister und Generale“ wie ein Donnerwetter über den Urbeber der Aktion entladen und die Tatsache ans Licht gebracht, daß für 1886 Minister, Staatssekretäre und Generale jährlich 23 Millionen Reichsmark aus dem mageren Staatsfädel hervorgeholt werden müssen.

Selbstverständlich denkt kein Mensch daran, diese bedauernswerten „Großpensionäre“ nun von heute auf morgen an den Bellestod zu bringen und das Prinzip der Abgeltung eines redlich erworbenen Ruhegehalts zum Schaden der gesamten Beamtenchaft zu durchlöchern. Dagegen gibt es, die trassen Auswüchse vor allem des Militär-Pensionsetats gründlich zu beschneiden und die Einkommen der in Handel, Industrie und auf ostelblichen Rittergütern recht gut untergebrachten „Doppelterdiener“ des ehemaligen Offizierskorps auf ein der allgemeinen Volkverarmung angepaßtes Maß herunterzuschrauben.

Daß dies sehr wohl möglich ist, beweisen die unter dem Namen „Pensionopolis“ im „Berliner Total-Anzeiger“ kürzlich erschienenen „Bekanntnisse einer schönen Seele“, die uns einen Rundblick in die „Ruhestadt“ des „Großpensionärs“ tun lassen, der der Kamit keineswegs entbehrt.

Der Verfasser vergleicht die Lage der Militärpensionäre kurz nach dem Kriege, unter dem Druck der Revolution und der Inflation und heutzutage mit einer Wagenfahrt, in der es früher mal höchst ungemütlich war, jetzt aber recht komfortabel zuzugehen pflegt:

„Genau in derselben Lage befinden sich jetzt unsere Pensionisten. Nach dem Kriege, da war das Gedrücksein, Gedrängsein, Zusammenpressen so groß, daß der Atem ausblieb, daß ein jeder fürchten mußte, aus dem Wagen, der das tägliche Leben hieß, herauszufallen.“

Man sieht, die Revolution hat den Herren mehr Schrecken eingejagt als sie wohl haben wollen!

„Und jetzt, nach Jahren hat man sich eingemöhnt. Ja, ich habe sogar wiederholt alte, pensionierte Herren das Monocle handhaben sehen. Die Enge wird nicht mehr als Schmerz, als unerträgliches Uebel befunden. Es gibt Rundblicke. Man freut sich wieder der schönen Stadt Pensionopolis. Man sieht wieder ihre Sonnenseiten, ihre schöne Lage, ihr gutes Theater, ihre Sammlungen, hört ihre Konzerte.“

Das Erholungsbedürfnis meldet sich. Nun gibt es wieder Klubs und Kränzchen und — — Kaffeeklatsch wie in alten Zeiten! Tränen der Nahrung rollen dem „Total-Anzeiger“-Mann über die Backen herab!

Und dann erzählt man sich in der „guten alten“ Gesellschaft, der Onkel Stresemann und Papa Luther durch Aufhebung des „Pensionskürzungsgesetzes“ neue Geldströme zugeleitet haben, allerhand Schauergeschichten aus der „guten“ und aus der „bösen“ Zeit:

„Vor dem Kriege existierte gar nichts in der Welt, das man sich nicht für sein Geld hätte kaufen können. Vor dem Kriege hatte man nur gute und reichliche Dienerschaft! —“

Jetzt aber: „Und wenn auch in der suchtbaren Kriegszeit der Herr des Hauses eigenhändig jeden Tag sein Bierstiller Wilsch über die Straße trug und Kohlen aus dem Keller holte — heute hat er wieder — Gottlob — sein Monocle im Auge, heute ist er doch — nun selbstverständlich — immer noch ein ganzer Haufen mehr als ungeteilte Leute und steht sich schon bedeutend in seinem Lebenswagen um.“

Und nun kommen die verdammt „Roten“ und bedrohen den Traum Seiner Erzellenz von der „guten und reichlichen Dienerschaft“ und von der Wiederauferstehung des „Monocles“ über „ungeteilte Leute“ — mit einem „Pensionskürzungsgesetz“!

Zugunsten der notleidenden kleinen Beamten und der arbeitslosen Proleten sollen die Herren etwas zusammenrücken in ihrem „Wagen“? Ach was! Der schwarzblaue Bloß sorgt schon für die Unantastbarkeit von Pensionopolis!

Der Architekten- und Ingenieurverein veranstaltete im Reiteraal sein diesjähriges Schinkel-Fest. Im Anschluß an den Jahresbericht des Vorsitzenden erfolgte die Preisverteilung an die Schinkel-Sieger. Den ersten Preis, die Schinkel-Plakette und 1700 Mark zur Ausführung einer Studienreise, empfing Regierungsbauhelfer Frh. Ulrich-Nachen für seinen Entwurf für Wessebauten für eine norddeutsche Stadt. Den Festvortrag hielt Prof. Dr. Peter Behrens. Er charakterisierte Schinkel als den genialen Baumeister, der in seinem Schaffen strenges Sachlichkeits mit künstlerischem Idealismus zu vereinigen wußte. Nicht der Stil seiner Werke, sondern der Geist, der diese Werke erfüllt, hält uns die Arbeit dieses großen Künstlers lebendig. Peter Behrens erinnerte daran, daß Schinkel in seinen Bauten schon das klare griechische Kunstgefühl zeigte, das wir eigentlich erst durch die Ausgrabungen Schliemanns kennengelernt haben. Schinkels Werke sind nicht Kopien klassischer Bauwerke, aber sie weilen dieselbe Ruhe und Geschlossenheit, dieselbe Gefühl für Schönheit und Zweckbewußtsein auf wie diese. Zum Schluß stellte Behrens die Frage, ob Schinkels Geist noch in dem Kunstschaffen unserer Zeit lebendig sei. Er kam zu der Antwort, daß dieser Geist, die Vereinigung von Idealismus und Materialismus, jede Kunst zu jeder Zeit ausmache. Goethes Wert sei damit ebenso charakterisiert wie die Kunst der Gotik oder die wahre Baukunst unserer Zeit. Zum Beweise plätierte Prof. Behrens Aussprüche der modernen Architekten Küst und Le Corbusier, die trotz ihrer strengen Sachlichkeit doch immer in ihren Werken ein klares bewußtes Schönheitsideal verkörpern. S-z

Fränze Roloff und C. L. Uchaj gaben auf Einladung der Volkshöhne im Bürgeraal des Rathauses einen Vortragabend mit Werken von Macleod, Ernst Stadler, Hans Siemsen und Anni Harnun. Fränze Roloff las zuerst eine finnische Sage von Macleod, einen düsteren Bericht vom Lieben und Sterben eines finnischen Fischers. Wie ein sichtbarer Spuk wurde die Erzählung unter ihren Worten lebendig. Fränze Roloff bewies sich hier als eine Sprecherin von höchsten Qualitäten. Sie beherrschte das Instrument der Sprache mit Vollkommenheit; ihr leisestes Flüstern bleibt noch in jedem Winkel vernehmbar, und

selbst ihr schneidendster, lauter Ton geht nicht in Schreien über. Dabei hat sie jede Nuance in der Gewalt; ihre starke Erlebnisraft wird nie von einer mangelnden Sprechtechnik gehemmt. Leider läßt sich das gleiche nicht von C. L. Uchaj sagen. Seine natürlichen Fähigkeiten können sich selten frei zeigen, da er die Kunst des Sprechens nicht beherrscht. Wie häufig auf der Bühne, so schreit er auch im Vortragsaal zu viel, wahrscheinlich nicht, weil er Wucht mit Wucht verwechselt, sondern weil bei ihm Wucht zur Lautheit wird. Aber abgesehen von diesen technischen Mängeln sprach er eindringlich und lebendig. Am stärksten kam Hans Siemens „Auch ich — auch du. Aus den Papieren eines Irren“ zur Geltung. Es war das auch wirklich packendste Werk des Abends, wenn auch nicht das künstlerischste. Grausam bedie dieser Monolog eines Wahnsinnigen die ganze heuchlerische Kultur unserer Welt auf. Les.

Was verdienen russische Autoren? Die Moskauer „Pravda“ hat soeben eine Statistik über die Einkünfte sowjetrussischer Autoren veröffentlicht. Man erieht daraus, daß von 1312 Autoren 1061 im vorigen Jahre nur 200 Rubel verdient haben, 147 Autoren hatten einen Verdienst von 600 Rubel, 57 Autoren konnten 1200 Rubel honorar buchen, und nur 28 waren so glücklich, je 4800 Rubel verdient zu haben. Es gibt trotzdem einige Autoren, die diese Ziffer unter sich lassen. So hat z. B. der populäre Dramatiker Romanow an Lantienen 7600 Rubel verdient. Andere Bühnenaufwachen haben ein Honorar zwischen 2000 und 2500 Rubel buchen können, während andererseits ein gewisser Wolkenstein nur 100 Rubel im ganzen Jahre als Lantienne erhalten hat. Nicht viel größer waren die Einkünfte des Komponisten Spolitow Swanow, dessen Lantienen sich auf 400 Rubel stellten. Zwei Autoren, die für die Arbeiterclubs Theaterstücke schreiben, haben dafür im vergangenen Jahre ganze 18 und 21 Rubel verdient. Eine außerordentliche Ausnahme stellen die Lantienen des Dichterpaares Tschegolew und Tostoi dar, die an ihrem erfolgreichen Schluger „Die Verführung der Jarin“ in einem Jahr 35 000 Rubel verdient haben. Ihr nächstes Werk, „Mew“, brachte ihnen aber nur 2000 Rubel ein.

Berichtigung. In das Referat über die Aufführung von „Ruy Blas“ (gestrige Abendnummer) hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. In der 9. Zeile des zweiten Absatzes muß es heißen: „für die empfindsamen Frauen, für die tiefen Denker und für die schaulustige Masse“.

Offener Kunst in Berlin. An der Deutschen Kunstgemeinschalt in Schloß wird am 20. eine Ausstellung von Gemälden, Skulpturen und Plastik ostpreussischer Künstler eröffnet.

Der Kunsthofen Hirtel-Spanier, Schiller-Str. 5, stellt im März Werbelien von Wiele Kellenberg, Herta Wenhauzen und Carl Dettmer aus. Die Ausstellung ist montags von 10-6 Uhr geöffnet.

Der Fremdenverkehr in Italien im Jahre 1926. Der italienische Fremdenverkehrsverein veröffentlicht eine Statistik über den Fremdenverkehr in Italien im Jahre 1926. Danach kamen nach Italien 1 100 000 Fremde. Der Nationalität nach teilten sich die Reisenden zusammen auf: Deutschen 32 000, Engländern 187 000, Franzosen 108 000, Tschechen, Ungarn, Österreichern und Jugoslawen 170 000, Amerikanern 140 000 und Südamerikanern 41 000.

# Stresemanns Heimkehr.

Deutschnationales Durcheinander.

In einigen Monaten wird man sicher mit dem Kopf schütteln, wenn man sich daran erinnern wird, worum auf der Märztagung des Völkerbundrates so heftig gestritten wurde. Einstweilen wirkt aber die künstliche Erregung, in die man sich während der ganzen vergangenen Woche gegenseitig verjagt hat, noch nach, und besonders Herr Stresemann muß sich nach seiner gestern abend erfolgten Rückkehr nach Berlin weitere heftige Kritiken gefallen lassen. Es sind vor allem die deutschnationalen Blätter, also keine Organe der Opposition, die über ihn herfallen. Allerdings ist die Tonart sehr verschieden und man merkt es der Rechtspreffe an, daß sie selbst noch gar nicht weiß, wie weit sie diesen Feldzug führen darf. Neben der „Deutschen Zeitung“ sind es vor allem die Hugenberg-Blätter, die die schärfere Tonart vertreten und die, wenn sie auch nur acht Tage konsequent geblieben, unvermeidlich eine Stresemann-Krise, d. h. eine Regierungskrise hervorrufen würden. Auch die „Kreuz-Zeitung“ fühlt sich aus Tradition verpflichtet, Opposition zu markieren und Stresemann vorzuwerfen, daß er auf eigene Faust gehandelt und Kompromisse abgeschlossen habe, für die er allein die Verantwortung trage.

Die „Deutsche Tageszeitung“ dagegen ist vorsichtiger, denn die großagrarisches Kreise haben ein zu starkes Interesse an ihrem Regierungseinfluß, als daß sie das Spiel mit dem Feuer eines ernsthaften Feldzuges gegen Stresemann wagen würden. Dieses Blatt läßt im Gegensatz zur „Kreuz-Zeitung“ durchblicken, daß nach ihrer Auffassung das Gesamtkabinett die Verantwortung für Stresemanns Kompromißabschlüsse dadurch übernommen habe, daß es ihm absichtlich freie Hand gegeben hätte. Ueberhaupt ist die Kritik der „Deutschen Tageszeitung“ an den Ergebnissen von Genf viel milder als die der meisten anderen deutschnationalen Blätter. Sie besteht vor allem darin, daß die Frage aufgeworfen wird, ob es nicht doch besser gewesen wäre, es auf eine Abstimmung ankommen zu lassen und dabei zu unterliegen, als die formelle Zustimmung Deutschlands zu einer Lösung zu geben, bei der wir einerseits den eigenen Rechtsstandpunkt aufgegeben und dafür nicht einmal nennenswerte Konzessionen erzielt haben.

Nach unserer Ueberzeugung ist Kritik an der Haltung der deutschen Delegation in Genf durchaus am Platze, aber aus einem anderen, hier bereits mehrfach dargelegten Grunde. Wir meinen, daß es ganz überflüssig war, eine internationale Haupt- und Staatsaktion aus der Frage zu machen, ob der Bahnschutz 500 oder 800 Mann stark sein sollte. Darüber hätte man sich, wahrscheinlich sogar mit größerem Enderfolg, schon vorher, zu Beginn der Raistagung oder sogar noch früher, verständigen können. Hier hat die Regie vollständig versagt und das Ergebnis jener in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Debatte war für Deutschland jedenfalls kein Gewinn. Viel geschickter ist in dem oberschlesischen Schulsonstakt verfahren worden, dessen Lösung sachlich auch wesentlich besser für die deutschen Interessen war als in der Saarfrage.

Über alle diese Punkte der Tagesordnung waren ja gar nicht den Aufwand an diplomatischen Mitteln wert, der in Genf getrieben wurde. Ihre Regelung vermag uns trotz aller Schönheitsfehler nicht aufzuregen. Viel wichtiger und bedauerlicher erscheint uns die Tatsache, die man leider als Fazit der gesamten Tagung feststellen muß, daß der Rückschlag in der deutsch-französischen Verständigungspolitik unerkennbar ist. Dieser Rückschlag ist zum guten Teil eine Folge der deutschen Rechtsentwicklung und ihrer Wirkung auf die öffentliche Meinung der ganzen Welt. In einer Zeit, in der die weltpolitische Lage durch den englisch-russischen Konflikt und durch die Aggressivität des Faschismus besonders gekennzeichnet wird, wäre ein Fortschreiten der deutsch-französischen Verständigungspolitik notwendiger denn je. Hier gilt es für alle Freunde des Friedens und der Demokratie den Hebel anzusetzen und dafür zu sorgen, daß die gleichen innerpolitischen Voraussetzungen geschaffen werden, ohne die der große Fortschritt der Jahre 1925 und 1926 nicht möglich gewesen wäre.

## Ein Kartellkontrollamt gefordert.

Gegen die Preisdiktatur der Kartelle.

Im Reichstag ist zur zweiten Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums eine Entschließung Müller-Franzen (Soz.) und Bemer (Dem.) eingegangen, in der gefordert wird, die Reichsregierung zu ersuchen, im Hinblick auf die ständig gefährlicher werdende Wirksamkeit der Kartelle und ähnlicher Monopolorganisationen, die sich durch ihre monopolistische Beherrschung des Marktes nicht nur zu einer großen Existenzgefahr der weiterverarbeitenden Industrie auswachsen, sondern auch durch die Hochhaltung unbedeutend hoher Preise den Warenverbrauch und die Lebenshaltung des Volkes verteuern, die Gesundheit der Wirtschaft und die Unterbringung der Erwerbslosen vermindern;

1. dem Reichstage bald eine Vorlage zu unterbreiten, die die Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle und alle Unternehmerrorganisationen oder Unternehmungen anordne, die nach Größe und Art geeignet sind, einen wesentlichen Einfluß auf den Markt auszuüben;

2. bei der Weltwirtschaftskonferenz dahin zu wirken, daß unter Mitwirkung des Völkerbundes Vereinbarungen der Staaten über die Kontrolle internationaler Monopolorganisationen, insbesondere auch über die Geschäftspolitik der Rohstoffmonopole, getroffen würden.

## Reichsgericht gegen KPD.

Eine verworfene Revision.

Leipzig, 14. März. (M.Z.) Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts verwarf heute die von der kommunistischen Arbeiterin Auguste Bartels eingelegte Revision gegen das Urteil des Schwurgerichts in Göttingen vom 10. November 1926. Dieses lautete gegen die Angeklagte Bartels wegen Sprengstoffkomplotts auf 5 Jahre Zuchthaus und gegen ihren Sohn wegen Beihilfe auf 6 Monate Gefängnis. Das in der Wohnung der Frau Bartels verabredete Komplott auf einen deutsch-nationalen Gutsbesitzer war auch ausgeführt worden, hatte jedoch nur wenig Schaden angerichtet; Frau Bartels hatte ihre Mitwirkung zugegeben.

# Reichswehr und Arbeitskommandos.

Klärung im Prozeß Wilms. — Klapproth Vertrauensmann der Reichswehr. Selbstbeichtigung des Schulz?

Auch im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung im Fememordprozeß Wilms standen zunächst im Mittelpunkt die Beziehungen der Arbeitskommandos zur Reichswehr. Ausschlaggebend in dieser Hinsicht waren die Aussagen des früheren Oberleutnants v. Senden, der selbst Arbeitskommandoführer war.

## Reichswehr und Arbeitskommandos.

Nach seinen Angaben wurden die Leute bei dem Eintritt zwar nicht vereidigt, aber zur strengen Verschwiegenheit ermahnt. Er selbst erhielt vom Reichswehrgruppenkommando bei seinem Eintritt die Anweisung, die Führer der Arbeitskommandos müßten ihre Autorität durchsetzen und die Leute militärischen Dienst versehen lassen. Oberleutnant Schulz habe bei einer Ansprache erklärt, für die Mitglieder der Arbeitskommandos seien die Kriegsartikel maßgebend. Vor den Offizieren der Reichswehr Oberleutnant Held und Boß oder Hauptmann Kainer hätten Gruppen der Arbeitskommandos eine Gefechtsentwicklung gemacht. Danach sei die Gefechtslage besprochen und Kritik geübt worden. Schulz sei der direkte Vorgesetzte der Arbeitskommandos gewesen und von Major Buchrufer auch so bezeichnet worden. Ein Auftrag von Schulz galt als dienstlicher Befehl, der namens des Wehrkreiskommandos erteilt wurde.

Hauptmann Kainer von der Reichswehr versuchte bei seiner Vernehmung die Angaben v. Sendens abzuwehren. Den Mitgliedern der Arbeitskommandos sei bei ihrer Einstellung lediglich mitgeteilt worden, daß sie sich ein Landesverratsverfahren zuzögern, wenn sie nicht reinen Mund hielten. Weder die Leute noch die Führer der Arbeitskommandos hätten einen berechtigten Grund gehabt, sich als Soldaten zu fühlen. Die positiven Angaben v. Sendens kann allerdings auch Kainer nicht entkräften.

## Klapproth — Vertrauensmann der Reichswehr.

Fast sensationell wirkte es, als in der gestrigen Sitzung zum erstenmal die Frage, welche Stellung Klapproth und die anderen z. B. v. Leute nun tatsächlich einnahmen, Kargestellt wurde. Oberleutnant Held von der Reichswehr sagt aus, daß die z. B. v. Leute den Auftrag hatten, Waffen, die von der preussischen Polizei beschlagnahmt worden waren, wieder heimlich zu entwenden. Derartige Befehle sind, wie auch Klapproth betont, direkt von der Reichswehr gegeben worden.

Auch Hauptmann Kainer bestätigt, daß die Leibgarde des Schulz von der Reichswehr — z. B. auch von ihm — Aufträge bekommen hätte. Klapproth sei der Mann gewesen, auf den man sich bei allen schwierigen nächtlichen Erfassungen unbedingt habe verlassen können. Hauptmann Kainer gibt weiter zu, daß im Zusammenhang mit den Arbeitskommandos Geheimakten bestanden, die im Auftrage von Schulz angefertigt und beim Reichswehrgeschwaderkommando im Treppor verwahrt wurden.

## Ein „faules Kompromiß“.

Der provisorische Finanzausgleich vor dem Steuerausgleich.

Unter großer Beteiligung von Ländervertretern und Abgeordneten begann der Steuerausgleich des Reichstags am Montag die Beratung der Uebergangsregelung des Finanzausgleichs. Die Anträge der Regierungsparteien haben sowohl bei den eigenen Anhängern als auch bei den Ländern Begierde ausgelöst. So spricht die „Kölnische Zeitung“, das Hauptorgan der Deutschen Volkspartei, von einem faulen Kompromiß, das einen Sieg der bayerischen Auffassung darstellt.

Der Vertreter von Sachsen bekämpfte die Anträge der Regierungsparteien, weil sie den Grundcharakter der bisherigen Regelung verlegen, wonach jedes Land drei Viertel des Aufkommens an der Einkommensteuer erhalten müsse. Die neue Vorschrift sei staatsrechtlich der erste Schritt zur Einführung eines Lastenausgleichs unter den Ländern zu Lasten der Länder. Man nehme also den Ländern den Rest ihrer Selbstständigkeit und drücke sie auf das Niveau der Gemeinden herab. Der Vertreter Hamburgs schloß sich diesen Darlegungen an. Hamburg werde durch die Vorschläge der Regierungsparteien um 3,6 Millionen geschädigt, Sachsen um 4,5 Millionen, Bremen ungefähr um eine Million. Den Vorteil hätten die agrarischen Länder, in erster Linie Bayern.

## Der preussische Finanzminister Höpfer-Mösch

teilt die grundsätzlichen Bedenken Sachsens. Die Ueberweisung von 2,6 Milliarden sei aber kein Geschenk an die Länder. Preußen habe durch Senkung der Gerichtskosten, Erhöhung des Wohnungsgeldes durch die Mietsteigerung, Beseitigung des Zuschlags zur Grunderwerbsteuer und durch etwaige Beseitigung der Getränkesteuer eine Mindereinnahme für Staat und Gemeinden von etwa 56 Millionen. Dem stehe nur eine Mehreinnahme von 52 Millionen gegenüber. Deshalb sei die Erwartung auf Sand gebaut, daß nach dem neuen Finanzausgleich die Länder die Realsteuern senken könnten. Die Beseitigung der Getränkesteuern sei falsch und gefährlich. Ihre Erträge machen überall ein Fünftel bis ein Drittel der Gewerbesteuer aus. Werde die Getränkesteuer beseitigt, so wird in sehr vielen Industrie- und Gewerbeorten die Möglichkeit vernichtet, die Gewerbesteuer herabzubringen.

Als erster Redner der Opposition kam Genosse Dr. Herx

zu Wort: Bei den neuen Vorschlägen der Regierungsparteien handelt es sich um ein Kompromiß rein parteipolitischer Art. Sachliche Gründe sind zu seiner Rechtfertigung nicht anzuführen. Es ist ein glatter Sieg Bayerns, das jetzt endgültig den Beweis geliefert hat, daß ihm keine Eigenstaatlichkeit gegen finanzielle Zugeständnisse feil ist. Der rückständige Partikularismus Bayerns, das sich jeder wirksamen Reform seiner Verwaltung, der Herabdrückung seiner Ausgaben und der Erhöhung seiner Einnahmen widersetzt, wird gefördert. Mit der Begünstigung Bayerns geht einher die Begünstigung aller Staaten mit agrarischem Charakter auf Kosten der industriellen und großstädtischen Bevölkerung. Das ist um so ungerechter, als diese Gebiete die notwendigste Bevölkerung haben, die ohnedies am stärksten belastet ist. Die Vorschläge der Regierungsparteien belasten auch den Reichsetat so stark, daß die Gefahr eines Defizits bzw. die Drohung der sozialen Ausgaben und die Richtungssetzung der Zuckerversteuerung droht. Daher sei auch die Beseitigung der Getränkesteuern, durch die den Verbrauchern teurerer Nutzen erwächst, unerantwortlich. Wir fordern für die geschädigten Gemeinden vollen Ersatz.

Im ganzen gesehen, sei die Neuregelung eine Befestigung für die Gefahren des Besitzbürgertums. Die Besitzbelastung wird abgebaut, die Massenbelastung erhöht, die unteren Schichten des Volkes werden in ihrer Lebenshaltung beeinträchtigt.

Der Fall Wilms selbst wurde auch gestern — abgesehen von einer zwar aufsehenerregenden, aber noch nicht nachgeprüften Aussage — nicht wesentlich geklärt. v. Senden sagte aus, er habe Oberleutnant Schüler, als sich Wilms mißliebiger gemacht hatte, zu Schulz geschickt und ihn gebeten, Wilms abzuweisen. Darauf sei Oberleutnant Stantien gekommen und habe Wilms mitgenommen. Als er Schulz die Verfehlungen des Wilms gemeldet habe, habe dieser ihm nach seiner Ansicht zum mindesten geantwortet, daß Wilms abgeholt werde. Ob er dies auf eigene Initiative oder auf Befehl des Wehrkreises getan habe, könne er nicht entscheiden. Wenn Zeuge Stein behauptet habe, sein Schwager sei Herr v. Ruhnheim und er habe bei ihm an Fernbesprechungen teilgenommen, so müsse er beides als unrichtig bezeichnen.

Hauptmann Kainer erklärte bei seiner Vernehmung, daß der Befehl in Sachen Wilms tatsächlich vom Wehrkreis erfolgt sei. Wer den Befehl gegeben habe, wisse er nicht, doch habe er selbst, als er von den Verfehlungen hörte, gesagt, der Mann müsse verjagt werden. Er habe nicht den Eindruck, daß die Fahrt Stantien der erste Schritt zu dem schweren Verbrechen gewesen sei.

Von den weiteren Zeugen schränkt bei der Vernehmung der Zeuge Enstet seine Aussage, Wilms habe nach einem Anschauer des Schulz erklärt, er wäre heute in der Stimmung, den Kommunisten alles zu verraten, sehr stark ein, nachdem ihm Unrichtigkeiten nachgewiesen worden waren.

Monteur Kaufer, der seinerzeit im Döberitzer Lager war, bekundet, daß dort etwa 200 Kabelmuffen von der Art lagen, wie man sie zur Beschwerung der Leiche des Wilms benutzte hatte.

## Eine Selbstbeichtigung des Schulz?

Oberleutnant a. D. Edward Schüler, der bereits wegen des Mordes an Pommer zum Tode verurteilt, aber dann zu fünf Jahren Zuchthaus begnadigt worden ist, bestätigt, daß er an dem Tage nach der Festsetzung des Wilms auf Befehl v. Sendens Oberleutnant Schulz Meldung gemacht und daß dieser ihm erklärt habe, er werde Wilms abholen lassen. Er habe Schulz kurz darauf noch einmal aufgesucht. Bei dieser Gelegenheit erzählte ihm Schulz, der Ordnungsdienst habe, daß Wilms tot sei. Nach der Auffindung der Leiche des Wilms habe er Schulz bei einer Unterredung mit Budjinski getroffen. Dieser habe erzählt, er müsse zum Polizeipräsidenten zur Vernehmung, Schulz habe darauf sofort um Nachrich nach der Vernehmung gebeten und hinzugefügt: „Wenn mein Freund Weiß wählt, daß ich die Ermordung von Wilms angeordnet habe, dann würden sie sich mächtig freuen.“

Der Angeklagte Budjinski bestritt das sehr energisch. Er sei nur einmal in einer ganz anderen Sache von der Polizei vernommen worden. Als die Leiche des Wilms gefunden worden sei, sei er längst nicht mehr bei der Schwarzen Reichswehr gewesen.

Hg. Dr. Fischer (Dem.) schloß die Vorlage ab. Das letzte Vorgehen sei nicht nur eine Förderung des Föderalismus, sondern sogar des engstirnigen Partikularismus. Im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Redner vermisse Dr. Fischer eine ausreichende Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft. Auch gab er der Besorgnis Ausdruck, daß neue Besitzsteuern notwendig würden. Die Einkommensteuer müsse ermäßigt werden. Auch sei ein Zwang zur Herabsetzung der Realsteuern angebracht. Die Verlängerung des Finanzausgleichs auf zwei Jahre verewige die finanzielle Vormacht der Länder.

In sehr gereizter und nicht immer glücklicher Form polemisierte der Reichsfinanzminister Dr. Köhler gegen die Redner der Opposition. Man kann ihm gewiß zugeben, daß es wertvoll ist, wenn er noch weitergehende Wünsche Bayerns abgewehrt hat, so die besondere Umsatzsteuergarantie und die Erhöhung des Anteils an der Einkommensteuer von 75 auf 90 Proz., ebenso die Erweiterung des § 35. Das ist aber keine Rechtfertigung für die Zugeständnisse, die auf anderen Gebieten gemacht wurden und die das Reich ebenso schädigen wie die Leistungsschwachen Länder und Gemeinden. Weber Dr. Becker nach Dr. Köhler haben den Versuch gemacht, den Vorwurf zu entkräften, daß die Neuregelung des Finanzausgleichs nicht auf sachlicher Grundlage, sondern entsprechend dem Diktat Bayerns auf rein parteipolitischer Grundlage erfolge. Das ist schließlich das beste Eingeständnis, welches schlechte Sache die Regierungsparteien vertreten.

## Regierungsverhandlungen in Thüringen.

Weimar, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Als Vertreter des pflüch erkrankten Volksparteilers Bauer trat am Montag der Abgeordnete Wittmann-Gaiba an die sozialdemokratische Fraktion zwecks Verhandlungen über die Regierungsbildung heran. Die von den Vorstehenden der sozialdemokratischen Fraktion Frölich und Hermann geführten Verhandlungen mit Wittmann hatten lediglich informativ Charakter.

## Ein belgischer Genosse als „deutscher Held“.

Seltzamer Mummenschanz in der „Deutschen Tageszeitung“.

Heute soll im belgischen Parlament über Eupen-Malmédy verhandelt werden. Darüber ließ sich die „Deutsche Tageszeitung“ gestern aus Brüssel folgendes telegraphieren:

Dienstag wird der deutsche Abgeordnete Sommerhausen die Regierung über ihre Eupen-Malmédy-Politik interpellieren. Als Auftakt zu dieser Interpellation haben die Einwohner von Eupen und Malmédy eine Erwidierung auf die abschlägige Antwort der belgischen Minister nach Brüssel gerichtet, in der es wörtlich heißt:

„Der Abgeordnete Sommerhausen, welcher bis jetzt unser Selbstbestimmungsrecht verteidigte, wird in kurzem in der Kammer hierüber interpellieren, und wir hoffen, daß dieser Ruf zu einer gerechten Lösung der Frage führen wird.“

Diese Art der Berichterstattung fordert geradezu die nationalen Agriter heraus. Sommerhausen, deutscher Held, der drüben in „Heimatsland“ tapfer für deutsche Belange fight. Am Ende gar macht ihm eine deutsche Gutsbesitzerstochter einen Heiratsantrag. Wir warnen — sie würde enttäuscht sein! Sommerhausen ist kein Deutscher, sondern ein Belgier, und ein Sozialdemokrat. Bloß weil die Leser nicht erfahren dürfen, daß Sozialdemokraten für internationale Gerechtigkeit kämpfen, macht die „Deutsche Tageszeitung“ einen „deutschen Abgeordneten“ aus ihm.





## Aufklärung über Volkskrankheiten. Eine Ausstellung auf dem Wedding.

Das Bezirksamt Wedding veranstaltet eine Sonderausstellung „Volkskrankheiten“, die der Belehrung der breiten Volksmassen dienen will. Sie umfaßt drei Abteilungen: die Tuberkulose einschließlich Rachitis, den Alkoholismus und die Geschlechtskrankheiten.

Dah man mit Belehrung allein keine Volkskrankheiten aus der Welt schaffen kann, weiß selbstverständlich auch das Bezirksamt Wedding. Bürgermeister Genosse Leid, der am Montag die erste Abteilung der Ausstellung vor einem Kreis geladener Gäste eröffnete, hob das hervor. Zu einer wirksamen Bekämpfung der Volkskrankheiten wären, sagte er in der Begrüßungsansprache, gerade im Bezirk Wedding mit seiner proletarischen Bevölkerung viele Millionen nötig, die das Bezirksamt nicht hat. Aber den Wert der Belehrung, durch die oft die Entstehung einer Krankheit verhindert oder die Heilung einer entstandenen Krankheit erleichtert werden kann, soll man doch auch nicht unterschätzen. Stadtrat Genosse Dr. Drucker, unter dessen Leitung die Ausstellung zustande gekommen ist, gab den Gästen einige Erläuterungen. Da für die Ausstellung nur ein wägr großer Raum des Stadtbades Wedding in der Gerichtstraße zur Verfügung steht, so können die drei Abteilungen nicht gleichzeitig nebeneinander, sondern nur nacheinander gezeigt werden. Die laufende Woche vom 14. März ab bietet Belehrung über Tuberkulose und Rachitis, in der zweiten Woche wird man einen Einblick in die Gefahren des Alkoholismus erhalten, in der dritten Woche soll die Ausstellung dem Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten gewidmet sein. Die Beschränktheit des Raumes hat auch zu einer Beschränkung des Stoffes genötigt, aber hier ist aus dem Mangel ein Vorzug geworden. Die Besucher und Besucherinnen, denn den Müttern muß wegen der Belehrung über die den Kindern so gefährliche Rachitis der Besuch ganz besonders empfohlen werden, finden nicht eine verwirrende Fülle aller möglichen Dinge, sondern eine kleine und übersichtliche Auswahl des Wichtigsten. Die in der Regel nicht sehr beliebten Tabellen und Kurven, die meist wenig beachtet werden, fehlen hier fast ganz. Gut vertreten sind die bildlichen Darstellungen, und die meisten sind von einer Eindringlichkeit und Einprägsamkeit, die von diesen Belehrungsmitteln einen nachhaltigen Gewinn aus dem Besuch erwarten läßt.

Die Ausstellung ist geöffnet an Wochentagen von mittags 12 Uhr bis abends 9 Uhr, an Sonntagen von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Der Zutritt ist unentgeltlich. In jedem Tage werden von Aertzen belehrende Führungsvorträge gehalten, an Wochentagen abends um 7 Uhr, an Sonntagen mittags um 12 Uhr.

## „Sensation“.

### Gefängnis für einen verantwortlichen Redakteur.

Wegen verleumderischer Beleidigung des Schauspielers Alfred Braun, des bekannten Rundfunkredakteurs, wurde gestern der verantwortliche Schriftleiter eines jener auf den Strophenverkauf berechneten Wochenblättern, Hoffmann, vom Amtsgericht Mitte zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Am 9. November war unter sensationeller Ueberschrift mit voller Namensnennung ein Artikel veröffentlicht worden, in welchem der Angeklagte über ein angebliches Erlebnis in einer zweideutigen Nachveranstellung berichtet und dabei die Frage aufwarf, ob der geheimnisvolle Direktor dieser Veranstaltung etwa Alfred Braun sei und ob „unser Alfred“ das nötig habe. Der Angeklagte übernahm die Verantwortung für den Artikel, behauptete aber, daß es doch noch mehr Leute des Namens gebe. Rechtsanwalt Dr. Alberg, der den Kläger als Rechtsbeistand vertrat, bezeichnete es als zweifellos, daß nicht irgendein Braun gemeint sei, sondern niemand anders als der Kläger. Das gehe aus der Ueberschrift und aus den Worten „unser Alfred“ deutlich hervor. Der Angriff habe dem Kläger angeht seine künstlerischen Stellung große Unannehmlichkeiten bereitet, und es müsse eine nachdrückliche Bestrafung verlangt werden. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte Alfred Braun selbst, daß ein Redakteur und eine Entschuldigung des Angeklagten ihm nicht genügend sein würde. Weiter fragte der Vorsitzende den Angeklagten: „Wollen Sie ernsthaft die Behauptung aufstellen, daß der Kläger an dem Unternehmen beteiligt war?“ Angeklagter: „Nein, es war nur eine Frage, weil ich den Namen von zwei Herren am Redaktionsstücker hätte.“ In den Urteilsgründen bezeichnete das Amtsgerichtrot Büchert das Vorgehen des Angeklagten als eine sehr schwere Beleidigung gegenüber dem Kläger, besonders schwerwiegend, weil Alfred Braun eine in der Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeit sei. Wider besseres Wissen sei ohne jeden Anlaß der Name hineingezerrt worden. Ohne jeden Glauben, daß etwas Wahres daran sei, habe man einen bei derartigen Blättern üblichen sensationellen Reklametricks angewendet. Eine Geldstrafe würde nicht ausreichend sein, da derartige Artikel sich ansehend bei Blättern dieser Art gut bezahlt machen und eine Geldstrafe vor einer Wiederholung nicht abschrecken würde. Das Gericht hat dem Kläger auch den Ertrag der Kosten für die notwendigen Auslagen und die Publikationsbefugnis zugesprochen.

### Markthallen und Wochenmärkte.

Für einige Außenbezirke Groß-Berlins (Oberschöneweide und Tempelhof) besteht der Plan, neue Markthallen zu schaffen, und in Oberschöneweide, Wilhelmshofstraße, ist bereits ein Grundstück für diesen Zweck erworben worden. Nun werden zurzeit in Oberschöneweide in der Woche neun teils Gemeindefeste, teils Privatwochenmärkte abgehalten, drei davon in der Wilhelmshofstraße als Gemeindefeste. Diesen Wochenmärkten kann ihre Existenzberechtigung nicht abgesprochen werden.

Die Notwendigkeit der Errichtung einer Markthalle in dieser Straße wie überhaupt in diesem Orte kann also mit Recht bezweifelt werden, wenn berücksichtigt wird, daß durch die bestehenden neun Wochenmärkte der Bevölkerung alle notwendigen Lebensmittel und alle Gegenstände des Wochenmarktes auf dem schnellsten Wege und in bester Qualität zugeführt werden. In Tempelhof werden wöchentlich acht Märkte abgehalten und in diesem Falle muß neben der Frage der Notwendigkeit auch die der Rentabilität angeschaut werden. Vor etwa 40 Jahren sollten ja schon einmal die damals errichteten Markthallen in Berlin die Existenz der Wochenmärkte untergraben. Es hat sich aber gezeigt, daß die Bevölkerung die Wochenmärkte mehr in Anspruch nahm, als dieses von den Markthallen der Fall war. Diese feststehende Tatsache in Verbindung damit, daß ein Wochenmarkt eine bewegliche, leicht verlegbare Einkaufsmöglichkeit darstellt, die den Gemeinden ohne Unkosten stets eine bestimmte Einnahme sichert im Gegensatz zu den Markthallen, die große Unkosten verursachen und sich außerdem oft als unrentabel erweisen, sollte dazu beitragen, daß die verantwortlichen Stellen den Wochenmärkten größere Beachtung schenken, als es bisher geschehen ist.

Einen tragischen Ausgang nahm am Sonntag eine Eingegnungsfahrt in der Stubentammerstr. 11. Mehrere Gäste, die bei der Familie J. an einer Einsegnungsfeier teilnahmen, wollten sich gegen 1 Uhr nachts nach Hause begeben. Am letzten Treppeneck verfiel der 53jährige Paul P. aus der Frankfurter Allee 131 eine Stufe, stürzte die Treppe hinab und blieb unten bewegungslos liegen. P. wurde zur Rettungsstelle Bismarckstraße gebracht, wo der Arzt nur den infolge doppelten Schädelbruchs eingetretenen Tod feststellen konnte. — Ein ähnlicher tödlich verlaufener Unfall trug sich am Sonntag in der Baumstr. 21 in Marzahn zu. Der 53jährige Gastwirt Gustav Staab stürzte im Dunkeln die Kellerstiege hinunter, wo er bestmüßiglos liegen blieb. Ein hinzugerufener Arzt stellte den Tod infolge Schädelbruchs fest.

## Generalversammlung der Arbeiterfänger.

### Erfrenliche künstlerische und organisatorische Fortschritte.

Am Sonnabend und Sonntag tagte im Gewerkschaftshaus am Engelufer die Generalversammlung des Gau Berlin und Umgebung vom Deutschen Arbeiterfängerbunde. Nachdem am Sonnabend der Jahresbericht verlesen worden war, trat man in die Aussprache ein, die stellenweise recht temperamentvoll verlief. Es folgte dann die Beratung über wichtige Anträge und über die Stellungnahme des Berliner Gaues zu dem Bundesfängerfest in Hannover.

Die Mitgliederzahl ist trotz steigender Arbeitslosigkeit im letzten Rechnungsjahr nicht zurückgegangen. Am Ende des Jahres 1926 zählte der Gau 11 052 aktive Mitglieder (8957 männliche, 2095 weibliche) in 160 Männer-, 10 Frauen- und 27 gemischten Chören. Der alte Bestand konnte dadurch gehalten werden, daß sich die Zahl der weiblichen Mitglieder erhöhte und den Rückgang an männlichen ausglich. Allmählich begannen auch die gemischten Chöre an Beliebtheit zu gewinnen. Zwölf Neugründungen fanden im vergangenen Jahre statt. Es ist ein Zugang von fünfzehn Vereinen zu verzeichnen, während neun aus dem Gauverband austraten, getrieben wurden oder sich auflösten. Einige Kinderchöre wurden ebenfalls neu gegründet, ihre Gesamtzahl beläuft sich jetzt auf fünfzehn. Die öffentliche Betätigung der Arbeiterfänger im gemeinnützigen Sinne hat, verglichen mit den Vorjahren, eine Steigerung erfahren. Das Singen auf öffentlichen Plätzen ist allerdings zurückgegangen, dagegen lang man öfter als früher in Krankenhäusern, Erholungsstätten, Altersheimen und veranstaltete sogar zahlreiche Konzerte in Straßen und Plätzen. Vom Magistrat der Stadt Berlin wurden für diese Tätigkeit und zur Unterstützung des Choresens 3000 M. und um Weihnachten nochmals 1000 M. überwiesen. Für 1927 sind 5000 M. beantragt und auch bereits in den Etat eingestellt worden. Zu Massenhören stellte der Gau eine größere Sängerzahl bei Begrüßung der Wiener Sänger und bei der Jubiläumfeier des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen. Von besonderer Bedeutung war das Gaufest in Brandenburg. Trotz des großen Defizits bedeutet dieses Fest doch einen Fortschritt, denn es sah die im Gau vorhandenen Kräfte zu begeisterungsreicher Arbeit zusammen. Zu erwähnen bleibt, daß der in diesem Jahre angelegte Chorsführerkursus eine starke Beteiligung aufweisen kann.

Anträge und Aussprache beschäftigten sich hauptsächlich, abgesehen von Kritiken an dem Gaufest, mit den Richtlinien und Programmen des Arbeiterfängerbundes. Besonders der zweite Bezirk zeigte sich unzufrieden mit dem bisherigen Zustand. Die einzelnen Ansichten stehen sich hier scharf gegenüber. Es handelt sich, kurz formuliert, um die Frage, ob Volkslied oder ein proletarisches Lied. Ein Antrag wies den Gedanken, von der Musik aus die Bildung einer Volksgemeinschaft etwa im Hochdeutschen Sinne anzustreben, auf das Unschickliche ab, der

Proletarier soll seine Eigenart auch im Lied zum Ausdruck bringen. Einige Diskussionsredner gingen sogar so weit, die Ablehnung eines Chors von Roseberg d'Arguto darauf zurückzuführen, daß dieser Chor zu revolutionär gewesen sei, ein Einwand, den Genosse Schneider sofort widerlegte. Man fordert im Gegenteil gute Tendenzchöre, aber schließlich macht es die Tendenz nicht allein, der künstlerische Wert entscheidet ebenfalls. Damit war die heikle Frage der künstlerischen Beiräte berührt. Man war keineswegs einverstanden, daß Bürgerliche in dieser Organisation sitzen und bestimmen, was der Arbeiter singen soll, bis Genosse Meyer vom Zentralvorstand die Dinge klärte. Dem Beirat liegt durchaus nicht allein die Entscheidung ob, der Vorstand ist mitbestimmend. Reuzig Prozent aller eingereichten Kompositionen sind künstlerisch ungenügend. Man irrt, wenn man bei Ablehnung irgendwelcher Willen vermutet. Die Roseberg'sche Chorkomposition erschien nicht ausreichend, vor allem wenn man den exorbitanten Preis von 500 M. in Rechnung stellte. Uebrigens urteilt der Beirat nur über den Wert der Musik, nicht über tendenzielle Fragen. Sehr scharfe Kritik übte Chorführer Günther an der Wiederholung für gemischten Chor, die den Erwartungen in Beziehung auf Tendenzchöre nicht entspricht. Der Antrag, bei der in Aussicht gestellten Sammlung für Männerchöre radikalere zu verfahren, wurde an den Zentralverband verwiesen. Dagegen wurde Roseberg d'Arguto's Antrag, der Arbeiterfängerbund solle aus dem Kulturartikel austreten, weil dieser zu stark mehrheitssozialistisch orientiert sei, von dem Antragsteller selbst zurückgezogen. Ein weiterer Antrag, eine Werbeweche für die Arbeiterfängerbewegung zu veranstalten — es wurde die Zeit vom 3. bis 9. Juli vorgeschlagen —, konnte nicht erledigt werden, da man heute noch keine Entscheidung darüber zu fällen vermag.

Unter den Anträgen am Abend der Besprechung der Beschlüsse der neunten Bezirksversammlung. Es handelt sich hierbei um Aenderung des Paragraphen 4, der besagt, daß Vereine unter 40 Mitgliedern in Berlin nicht aufgenommen werden. Für die Aufnahme machte man geltend, daß sich viele kleine, bürgerliche Gesangsvereine in diesem Fall dem Arbeiterfängerbund anschließen würden, dagegen sprechen jedoch künstlerische Rücksichten. Man fürchtet, daß diesen kleinen Vereinen mehr an geselliger Unterhaltung als am Singen liegt. Der Antrag wurde abgelehnt. Dann erörterte man die Frage des Arbeiterfänger-Bundesfestes, das im nächsten Jahr in Hannover abgehalten werden soll. Es sind bereits drei Kirchenkonzerte vorgesehen, ein Moment, das in weiten Kreisen der Arbeiterfänger tiefe Verstimmung hervorgerufen hat. Der fünfte Bezirk brachte eine Protestresolution dagegen ein, der Antrag wurde an den Zentralvorstand verwiesen. Die Versammlung beschloß darauf, daß sich der Gau in zwei Sonderaktionen mit zwei Chören am Sängerbundesfest beteiligen solle. Die Wahlen schufen keine Aenderung an der bisherigen Zusammensetzung des Vorstandes. Neu ist Sangesbruder Giers als Mitglied der Kontrollkommission.

### Nach dem Stat.

#### Was der Bager Wielenz in Potsdam erlebte.

Der Oberverwaltungssekretär Hermann Appernewitz Potsdam und der Bauführer Korritski-Berlin wurden seinerzeit vom Amtsgericht Potsdam wegen schwerer Körperverletzung des Bagers Erich Wielenz zu je 200 M. Geldstrafe verurteilt. Als Reklamsänger trat der Bager Wielenz auf. Ein dritter Verwaltungssekretär Heineke wurde freigesprochen. Wegen das Urteil haben die Angeklagten Berufung eingelegt.

Wielenz hatte sich in der Nacht zum 27. Januar v. J. von seiner in der Kaiserstraße in Potsdam wohnenden Frau verabschiedet. Die Dame stand im Zimmer am Fenster, Wielenz am Bürgersteig vor dem Fenster. In diesem Augenblick kamen die Angeklagten in leuchtfröhlicher Stimmung vorbei. Korritski nicht ahnend, daß er einen Bager vor sich hatte, rief, kleiner, steig man nicht gleich ein und schon wurde dem Bager die Kutze vom Kopf geschlagen. Wielenz fragte, ob die Herren sich nicht entschuldigen wollten. Aber statt dessen erhielt er einen Schlag. Das war der Auftakt zu einem regelrechten Boglampi auf der Kaiserstraße. Wielenz wurde erheblich verletzt, die Verwaltungssekretäre bluteten und Wielenz konnte längere Zeit am Training nicht teilnehmen. Hülfsrufe nach der Polizei gellten durch die Nacht und abwechselnd lagen die Sekretäre und mal der Bager am Boden. In der Berufungsverhandlung vor der Potsdamer Strafkammer behaupteten die Angeklagten, sich nur zur Wehr gesetzt zu haben. Wielenz bestritt, der Angreifer gewesen zu sein, da er wisse, daß es bei seinem Zuschlagen nur halbierter Kinnladen gebe. Als Zeugen in diesem Prozeß waren geladen: Zwei Nachtwächter, ein Fischhändler, ein Malermeister, ein Straßenbahnkondukteur und die Frau. Als Beweisstück auf dem Richterisch ein Hofe, auf der sich plastisch noch heute die erhaltenen Fußstapfen markieren. Im Zuhörerzimmer Berufs- und Amateurbager. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung der Berufung. Urteil: Appernewitz wird freigesprochen, Korritski erhielt wegen einfacher Körperverletzung 50 M. Geldstrafe.

#### Um ein Stück Brot.

Im Städtischen Odbach in der Fröbelstraße kam es gestern abend kurz nach 10 Uhr zwischen mehreren Odbachinsassen zu einem heftigen Streit. Pöblich zog einer der Gegner ein behäufertes Messer hervor und stach auf den Chinesen Wu-Hsiang-Fu ein, der von mehreren tiefen Stichen in die Herzgegend getroffen blutüberströmt zusammenbrach. Hsiang-Fu wurde durch einen Wagen des Städtischen Rettungsdienstes in das nabegelegene Krankenhaus am Friedrichshain geschafft, wo er bedenklich danteberliegt. Der Streit soll um ein Stück Brot, das der Widersacher dem Chinesen abforderte, entstanden sein. Der Täter wurde von der Polizei verhaftet.

Todessturz eines Lehrlings durch ein Glasdach. Am Freitag voriger Woche stürzte der bei der Firma Schneider u. Sohn, Spästr. 19, beschäftigte Glaslehrer Walter Sakalowski beim Reinigen eines Glasdaches infolge eines Schwindelanfalles durch das Glasdach etwa 16 Meter tief in den darunterliegenden Raum. Mit schweren Knochenbrüchen und inneren Verletzungen wurde er in das Spandauer Krankenhaus eingeliefert, wo er in der Nacht seinen Verletzungen erlag. Der Fall ist um so tragischer, als der Lehrling zu Oftern auslernen sollte.

## Funkwinkler.

Der Volksstrauertag ist vorläufig eine private Einrichtung, es war also nicht notwendig, das Programm des Rundfunks den ganzen Tag auf Roll zu bringen. Aber innerhalb dieses Rahmens wurden künstlerisch hochstehende Leistungen geboten. Das Junktorchester unter Selmar Reyrowitz spielte am Abend eindrucksvoll die tragische Ouvertüre von Brahms, nachmittags sang Sabine Mayen mit ihrer feinen, aber gut gebildeten Stimme Lieder von Schubert und die Arie aus Hrotsos „Stradella“, und an Stelle des verhinderten Ebert sprach Walter Frank. Seine schnelnde, stark nasal gefärbte Stimme eignet sich wenig für Rezitation. Volanden könnte er sprechen, aber Erik Kling bei ihm merkwürdig hart, allerdings ist er stark im Rhythmischen, deshalb gelang ihm Konrad Ferdinand Meyers Totenschor am besten. Lina Vossen ist, mit Frank dergleichen, eine vorbildliche Sprecherin für Lyrik. In der „Stunde der Toten“ las sie Werke im Kriege gestorbener Dichter. Arnold Zweig zeichnete die Tragik dieser Generation, die nicht zur Reife gelangte, deren Entwicklung plötzlich abbrach. Ein Zwischenglied in der Entwicklungsreihe von der Defizienz am Ende des Jahrhunderts zur modernen Sachlichkeit, vergeistigt, bebrängt von inneren Visionen und nicht instande, ihre Persönlichkeit voll entfalten zu können. Die Vorlesung umfachte ungefähr zwanzig Dichter, von denen Lina Vossen wegen der Kürze der Zeit nur kurze Gedichtproben zum Vortrag brachte. Vielleicht wäre es besser gewesen, allein die repräsentativen Gestalten wie Heym, Stadler, Pöhlmann oder Trakl, auszuwählen, weil in ihnen das Wesen dieser Generation am klarsten und formvollendeten zum Ausdruck kommt. So aber entstand ein wenig befriedigender Querschnitt und kein abschließender Eindruck der einzelnen Persönlichkeiten. Uebrigens Pöhlmann, auch Stadler fordern einen männlichen Sprecher. Erwähnenswert der Vortrag des Oberstudiendirektors Radenauer über das Thema: In welche Schule schicke ich mein Kind? Er gab einen guten Ueberblick über die Verteilung der Lehrkräfte in den verschiedenen Schulen und warnte die Eltern, nur aus Ehrgeiz die Kinder in das Gymnasium zu schicken.

Die Pariser Skizzen, die Walter Hasenclever am Montag in der Novellenstunde las, beweisen, daß er sich in der letzten Zeit gewandelt hat. Die Sprache ist gelöster, ruhiger und anschaulicher geworden. Hasenclever schildert jetzt mit der Genauigkeit eines Reporters Menschen und Dinge. Dr. Ado Baehler, der längere Zeit in den peruanischen Cordilleren als Forschungsreisender lebte, entwirft eine eingehende Schilderung von dem Leben des Chollos, das sind die indianischen Bewohner des Landes. Trotzdem sich die Verhältnisse in Peru für die Eingeborenen gebessert haben, merkt man ihnen noch immer die lange Zeit der Knechtschaft an. Nur an den Küsten bewahren sie ein freies Aussehen, aber in den Tälern der Hochebene führen sie in elenden Lehmhütten ein menschenunwürdiges Dasein. Ein freies, hochkultiviertes Volk ist durch die Gewalttherrschaft der Europäer zu Varias erniedrigt worden. Hildegard Margis stellt in ihrem Vortrag „neuezeitliche Hauseinrichtungen in England und bei uns“ fest, daß die modernen deutschen Wohnhäuser in bezug auf Hygiene und Zweckmäßigkeit dem englischen kaum nachstehen, nur baut man in England weißlicher und komfortabler, weil man dort nicht mit der Wohnungsnot zu kämpfen hat. Immer geht aber die Tendenz dahin, das häusliche Leben so rational wie möglich zu gestalten. Am Abend die Uebertragung der „Margarithe“ aus der Städtischen Oper in Chorloitenburg. Wie bei den „Reisterfingern“ der ersten Uebertragung ist auch hier der befriedigende Ausgleich zwischen Orchester und Singstimme festzustellen, selbst die großen Chorstimmen im 2. und im 4. Akt kamen zur Geltung.

## Laxin



das ideale Abführmittel  
macht zarten reinen Teint. Denn gute  
Verdauung schafft zarten reinen Teint.  
Also nehmen Sie regelmäßig ein  
LAXIN-KONFEKT

Verlangen Sie kostenlos die interessante Broschüre über  
Laxin von den Lingner-Werken, Dresden







# Deutschland und die Rationalisierung.

## Wirtschaftspolitische Debatte im Reichstag. — Genossin Sender gegen den Reichswirtschaftsminister. — Das Unternehmertum zeigt sein wahres Gesicht.

Der Reichstag nahm gestern zunächst die deutsch-polnischen Grenzabkommen sowie den Gesetzentwurf über den Beitritt des Reichs zum internationalen Abkommen über den Schutz von Werken der Literatur und Kunst ohne Aussprache in zweiter und dritter Beratung an.

Darauf wird die zweite Beratung des Reichshaushalts beim Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

### Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

gibt einen Ueberblick über die Tätigkeit seines Ministeriums. Nur auf gewissenhaften Erkenntnisgrundlagen sei das Zusammenwirken der verschiedenen Wirtschaftszweige und der Ausgleich der großen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit möglich. Deshalb verfolge das Wirtschaftsministerium eingehend die Aufgaben periodischer Untersuchungen und ständiger wissenschaftlicher Durchdringung des gesamten Wirtschaftsgeschehens und suche die Arbeiten der Enquete-Kommission sowie die dauernde Tätigkeit des Statistischen Reichsamts zu fördern. An neuen Aufgaben für 1927 nennt der Redner die Reichswohnungsfrage, die Erhebung von Haushaltsrechnungen zum Aufschluß über die Lebenshaltung der Bevölkerung, die Produktions- und Lohnstatistik.

Die treibhausartige Entwicklung der Berufsorganisationen nach dem Zusammenbruch habe einen Beharrungsstand Platz gemacht. Die Zusammenarbeit mit den Behörden erstreckt sich auf wirtschaftspolitische Aufgaben. Trotzdem könne man ein Zentralorgan, den Reichswirtschaftsrat, nicht entbehren.

An der Rationalisierung sei nur die erste Etappe erreicht. Die Vernachlässigung der Technik sei noch bevor. Sobald der Plan eines Großspannungsgewerkes fertiggestellt sei, dürfe seine Durchführung nicht durch Schwierigkeiten bei der Verteilung des Erzeugungsgutes gestört werden.

Endziel der ganzen Rationalisierung müsse die Wiederaufnahme aller brauchbaren Arbeitskräfte und die Hebung der Kaufkraft der ganzen Bevölkerung sein.

Der Minister verwies dann auf die beiden Denkschriften der Regierung über Konzern- und Erbschaftssteuer und über die Tätigkeit des Kartellgerichts. Die Kartellbedingungen ständen unter dauernder Beobachtung einer besonderen Abteilung des Ministeriums. Bei besonders hartnäckigen Gruppen genüge meist die Drohung mit einer Klage vor dem Kartellgericht.

Bei Besprechung der Zoll- und Handelsvertragspolitik betonte der Redner, daß der Anteil Europas an der deutschen Ausfuhr zugunsten des außereuropäischen Anteils stark gemindert sei.

Die Ausfuhr nach den europäischen Ländern sei im ganzen genommen geringer als vor dem Kriege, wobei den Hauptauschlag die verminderte Ausfuhr nach Rußland und Frankreich gebe. Bei den anderen Ländern zeige sich in manchen Beziehungen eine günstige Auswirkung der mit ihnen abgeschlossenen Handelsverträge. Ästen und Afrika nähmen wachsende Mengen deutscher Ausfuhrerzeugnisse auf. So sehr Deutschland danach trachte, das Handelsvertragsystem zum Abschluß zu bringen, so sei man doch immer vom Ziel entfernt und habe noch schwere Aufgaben, wie die Handelsverträge mit Polen, Frankreich und der Tschechoslowakei zu lösen. Minister Dr. Curtius erhofft sich von der im Mai in Genf stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz eine gewisse Erleichterung der allgemeinen handelspolitischen Lage.

So wenig befriedigend im ganzen Deutschlands handelspolitische Lage zurzeit auch sein möge, so werde die Reichsregierung doch eine Änderung der Methoden und die Schaffung eines neuen Zolltarifes in nächster Zeit nicht verantworten können.

Die Einbringung eines neuen deutschen Zolltarifs, die vom Reichstag gefordert werde, würde im Augenblick nur noch größere Verwirrung hervorrufen.

Der Minister kündigte eine Vorlage der Reichsregierung über die Gestaltung der Agrarzölle für die Zeit nach dem 31. März d. J. an und verwies auf die neuen Wege, die man zwecks Steigerung der Ausfuhr zu gehen beabsichtige.

Dem Auslande müsse klar gemacht werden, daß die Garantieleistung für sogenannte Ruffrentkredite, die Exportkreditversicherung, die Vergebung von Darlehen an durch den Kriegsausgang geschädigte deutsche Exportfirmen und anderes Maßnahmen seien, die auch andere Staaten, sogar in weit größerem Umfange träfen und daß gerade die besondere Schuldnerlage Deutschlands zur Förderung der Ausfuhr zwingt.

Auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik hätten die Geldsätze der Auslandsanleihen und des Inlandskapitals im vergangenen Jahr eine beträchtliche Verminderung erfahren. Auch die Spannung zwischen Soll- und Haben-Zinsen bei den Banken sei verringert worden. Trotzdem sei aber die Zinsbelastung noch immer außerordentlich hoch und bedenklich, wenn man ermäge, daß die mit diesen Sätzen belasteten Unternehmungen auf dem Weltmarkt mit Firmen zu konkurrieren haben, die erheblich geringere Zinsen zahlen. Man müsse jetzt daher ernst überlegen, ob und welche Maßnahmen zur Verbesserung des Geld- und Kreditwesens ergreifen werden können. Bei den Besprechungen zwischen Dr. Schacht und dem Reichskabinett sei auch von den Rückwirkungen die Rede gewesen, die von den Bewegungen des Geld- und Kreditmarktes auf die Zahlungen der Reparationsleistungen ausgingen. Die bisherige Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, die im wesentlichen darauf hinausläufe, Annuitäten durch Aufnahme neuer Schulden zu schaffen, führe zu Substanzverlusten und sei daher alles andere, als eine ordnungsmäßige Erfüllung des Dawes-Planes.

Der Minister betonte weiter, daß sich der Staat mit besonderer Sorgfalt des Handwerkes und des mittelständischen Gewerbes annehmen müsse, das zweifellos in gefährdeter Lage sei.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius betonte zum Schluß seiner Ausführungen, daß mit diesem Ueberblick über wirtschaftspolitische Fragen, die in den eigenen Zuständigkeitsbereich seines Ministeriums fielen, die staatliche Wirtschaftspolitik keinesfalls erschöpft sei. Erst aus der Gesamtüberlegung aller großen Gebiete der Staatsbetätigung, bei denen der Staat in den Verlauf der Wirtschaft eingreife, ergebe sich die Gesamtheit der staatlichen Wirtschaftspolitik. Neben der Zollpolitik stehe die Außenhandelspolitik im weitesten Sinne. Der zweite große Komplex wirtschaftspolitischer Betätigung liege in der Steuerpolitik. Einen letzten Zweig bilde die Verkehrs- und Postpolitik. Der Minister betonte, er habe sich stets bemüht, durch rege Mitarbeit an allen Fragen auf eine einheitliche Linie und eine planmäßige Zusammenfassung der staatlichen Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiet hinzuarbeiten.

Darauf gibt Abg. v. Raumer (D. Bp.) den Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses.

### Abg. Frau Sender (Soz.)

stellt fest, daß der Minister zwar alle möglichen Einzelheiten ausgeführt, aber keine Auskunft darüber gegeben habe, durch welche Maßnahmen die Regierung die Krise überwinden wolle, welche Wirtschaftspolitik sie denn überhaupt treiben wolle. Wenn man die Ursachen dieser Krise prüfen wolle, so müsse man von der Feststellung ausgehen, daß sie im Zusammenhang steht mit der Krise, unter der Europa seit vielen Jahren zu leiden hat und die noch immer andauert. Anstatt aber gegen die durch den Weltkrieg verursachten Störungen des Wirtschaftslebens anzukämpfen, sehen wir überall das

### Streben nach der Absperrung vom Auslande,

aus der sich dann wiederum die Zerfetzung des Kartes ergibt. In Deutschland ist der natürliche Zustand der Wirtschaft durch die Inflation lange verdrängt worden. Die fortschreitende Senkung des Reallohnes ermöglichte die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zugunsten der Großindustrie und der Spekulation wurden die kleinen Sparrer und der Mittelstand enteignet, zugleich aber der Ausbau des Produktionsapparates vernachlässigt. Erst die Stabilisierung der Währung entschleierte die wahre Sachlage. Die Krise, die ihr folgte, und die auch heute noch längst nicht überwunden ist, unterscheidet sich wesentlich von den Krisen, die dem normalen Ablauf des kapitalistischen Produktionsprozesses eigentümlich sind.

Diese Krise ergibt sich aus dem Mißverhältnis zwischen Produktion und dem Verbrauch. Jeder Versuch zur Lösung dieses Mißverhältnisses mußte sich zum Ziele setzen die Steigerung des Gesamtwohlstandes, mußte die Volkswirtschaft als ein Ganzes ansehen. Das Reichswirtschaftsministerium ließ sich aber nicht von diesem Ziele leiten, sondern überließ sich der Leitung der kapitalistischen Interessenten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie es dabei gemacht wird, das hat Professor Schmalenbach in der Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung dargestellt:

„Einige Sachverständige arbeiten den Entwurf aus, im Reichsjustizministerium wird die Arbeit durch Beratungen begleitet, bis die Arbeit zum Referentenentwurf gediehen ist. Bevor der Entwurf das Parlament erreicht, wird man ihn den großen Interessentenverbänden vorlegen müssen; vermutlich werden sie schon von Anfang an an den Beratungen beteiligt sein. In den Parlamenten selbst werden die Interessentengruppen sich erneut und mit großer Macht Geltung machen.“

Dieser Vorgang steht nicht vereinzelt da, er wiederholt sich fast bei jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme. Für das Reichswirtschaftsministerium haben die Wünsche und Forderungen der Unternehmer eine weit größere Bedeutung als die Interessen der gesamten Wirtschaft.

Wenn wir einen Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1926 werfen, so sehen wir, wie in der ersten Hälfte die schwerste Krise auf allen Gebieten herrschte. Die zweite Hälfte bringt eine Erleichterung durch den englischen Vergarbeitsvertrag, die aber auch zugleich die Folge des Vereinigungsprozesses in der Wirtschaft ist. Mittlere und kleinere Unternehmungen werden in großer Zahl ausgerufen, nicht zuletzt infolge der Besetzungspolitik der Reichsbank, bei der die Großunternehmungen vor den kleinen begünstigt worden sind. Dieselben Kreise, die soviel von der Rettung des Mittelstandes reden, haben diese Entwidlung gefördert. (Sehr wahr bei den Soz.) Die Großindustrie jagt die kleineren Betriebe auf, aus der von der Regierung vorgelegten Denkschrift ergibt sich ja, daß 65 Proz. des gesamten deutschen Aktienkapitals in Konzernen oder ähnlichen Gebilden vereinigt sind.

Die Opfer dieser Zusammenballung des Kapitals sind der Mittelstand, die Arbeiter und Angestellten.

Nun müßte das Ziel jeder vernünftigen Wirtschaftsführung sein, die volle Verwertung aller Arbeitskräfte und damit das Höchstmögliche an Wohlstand zu erreichen. Die Wirtschaft umfaßt ja nicht nur Unternehmer, ihren wichtigsten Teil bilden die Arbeitskräfte, die Produzenten aller Art, die Handwerker, Arbeiter und Angestellten. Woher nehmen die Unternehmer überhaupt die Berechtigung, sich als „Wirtschaftsführer“ aufzuspielen? Wir brauchen nur einen Rückblick auf die vergangenen Jahre zu werfen, um zu sehen, wie oft sie sich bei der Beurteilung der Lage geirrt haben. (Sehr wahr bei den Soz.) Herr Stinnes redete in Spa davon, daß wir in der Kohlenfrage infolge der Gebietsverluste unter einem dauernden Siechtum zu leiden haben würden. Bald darauf kam wirklich eine Kohlenkrise, aber keine Krise des Mangels, sondern eine Krise des Ueberflusses. In den Jahren 1921/22 wurde von den „Wirtschaftsführern“ gesagt, daß ohne eine endgültige Regelung der Reparationsfrage, ohne Beseitigung des Defizits in der Handelsbilanz und ohne die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt die Stabilisierung der Krise nicht möglich sei. Ende 1923 war keine dieser drei Voraussetzungen erfüllt und die Stabilisierung ist trotzdem durchgeführt worden. Es wurde weiter gesagt, das deutsche Volk müsse länger arbeiten und weniger verbrauchen. Die Unternehmer haben eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen durchgesetzt. Und was ist die Folge?

Heute feiern Millionen, weil sie keine Arbeit finden können, die Gesamtwirtschaft befindet sich in einer schweren Krise und nur die Industrie, das Kapital befindet sich im Aufblühen! (Sehr wahr bei den Soz.)

Nun sind ja durch die Rationalisierung wesentliche Erfolge erzielt worden. Die Mechanisierung des Bergbaues wurde gewaltig entwickelt und dadurch eine erhebliche Produktionssteigerung erreicht. Im Ruhrgebiet stieg der Förderanteil pro Mann und Schicht von 934 Tonnen im Jahre 1913 auf 1145 Tonnen im Jahre 1926. (Hört, hört!) Die Gesamtproduktion im Ruhrbergbau ist erheblich gestiegen, trotzdem die Belegschaft um 30 000 Mann niedriger ist als 1913. Der dadurch erzielten bedeutenden Senkung der Produktionskosten ist aber keine Senkung der Kohlenpreise gefolgt. Noch deutlicher sehen wir den gleichen Vorgang in der Eisen- und Stahlindustrie. Trotzdem die im Betrieb befindlichen Hochöfen von September 1925 bis August 1926 von 96 auf 84, also um 12,5 Proz. zurückgegangen sind, konnte die Gesamtzeugung von 785 000 auf 880 000 Tonnen, also um 16 Proz. gesteigert werden. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ging von 21 000 auf 17 000, also um 19 Proz. zurück, aber die Tagesleistung des einzelnen Arbeiters stieg von 1,17 Tonnen auf 1,60 Tonnen. (Hört, hört!) Die Hochofenleistung in Deutschland hat sich gegen 1913 mehr als verdoppelt, sie ist höher als in irgendeinem anderen europäischen Lande. Trotz der dadurch erzielten erheblichen Senkung der Unkosten sehen wir ein Anziehen der Preise. Die Tonne Roheisen ist jetzt 3,50 M. teurer, als im

September 1925, der Preis für Stabeisen stieg von 122 M. auf 133,25 M. Der Röhrenverband erhöhte seine Preise durch die Senkung der Rabatte für Deutschland um 1 1/2 bis 5 Proz. Im Auslande kommt diese Verteuerung allerdings nicht zur Auswirkung. Nachdem der Verband die Händler zusammengefaßt hatte, nahm er sofort eine Erhöhung der Preise vor, in Süddeutschland wurde das Eisen um 10 M. die Tonne verteuert. (Hört, hört!) Die Rationalisierung hat sich also bisher nur für die Unternehmer ausgewirkt.

Auch wir wollen die Rationalisierung, aber wir verlangen, daß sie sich auf die gesamte Wirtschaft auswirkt. Jede Rationalisierung ist sinnlos, wenn ihr nicht eine Senkung der Warenpreise folgt.

Bleibt der Nominallohn unverändert, so muß durch Senkung des Preises erhöhte Kaufkraft für Konsumgüter hervorgerufen werden, so daß die Gesamtaufkraft des Volkes mehr wächst, als die Verringerung der Kaufkraft bei den durch die Rationalisierung freigesetzten Arbeitern. Erst diese Erhöhung der Gesamtaufkraft führt zu verstärkter Nachfrage, zwingt zur Reineinstellung von Arbeitern, sie belebt nicht nur die Konsumindustrie sondern auch die Produktionsmittelindustrie. Diesen Weg, der allein das gewaltige Heer der Erwerbslosen einzuschranken und die Lebenshaltung der breiten Massen zu steigern geeignet ist, ist man bisher in Deutschland nicht gegangen, man will ihn auch jetzt noch nicht gehen. Die Regierung folgt in ihren Maßnahmen den Forderungen der Unternehmervände, die keine Lohnerhöhung zugehen wollen, dagegen aber Mehrarbeit verlangen. (Sehr richtig bei den Soz.)

Die Produktion in Deutschland hat bereits die Vorkriegshöhe erreicht, zum Teil ist sie schon darüber hinausgegangen. Trotz dieses Aufschwunges der Konjunktur sehen wir in der Zahl der Erwerbslosen keine wesentliche Erleichterung. Januar 1927 wurden einschließlich der Notstandsarbeiter und der unterstützten Ausgesteuerten 2 050 000 Erwerbslose gezählt. Unter ihnen befinden sich 612 000 Personen, die über 26 Wochen, 263 000, die über 39 Wochen und 135 000, die über ein Jahr arbeitslos sind. Nach den neuesten Feststellungen ist die Zahl der Ausgesteuerten auf über 200 000 gestiegen. Die von der Regierung und den Unternehmern betriebene Wirtschaftspolitik hat sich also nicht zum Ziel gesetzt, diese freigesetzten Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozess einzureihen, sondern die sich aus dem Aufschwung der Konjunktur ergebende Mehrarbeit soll durch Ueberstunden erledigt werden.

Nach der amtlichen Statistik des Reichsarbeitsministeriums, die nach den Angaben der Unternehmer aufgebaut worden ist, haben im April 1926 von 743 686 erfassten Arbeitern 213 045 Arbeiter über 48 Stunden in der Woche gearbeitet, im Juli 1926 waren es 290 082 Arbeiter von 721 413 erfassten Arbeitern, im Oktober 1926 sogar 394 996 von 745 621. Im April haben 28,6 Proz., im Oktober 52,97 Proz. der erfassten Arbeiter mehr als 48 Stunden gearbeitet. Trotz dieser Tatsachen arbeitet nicht die Regierung an der Beseitigung des Ueberstundenwesens und damit an der Einschränkung der Erwerbslosigkeit, sie tut das Gegenteil:

durch die von ihr eingebrachte Vorlage soll der Zehn-Stunden-Tag jetzt sogar legalisiert werden.

Dieses Ueberstundenwesen ist nur ermöglicht worden durch die von den Unternehmern betriebene Lohnpolitik. Die Unternehmer wollen die riesige industrielle Reservearmee erhalten, um auf diese Weise jede wirkliche Lohnsteigerung zu verhindern. Während der Lebenshaltungsänderung vom Januar 1926 bis Ende Februar 1927 von 139,8 auf 144,6 gestiegen ist, erhöhte sich der Durchschnittslohn der gelernten Arbeiter nur von 44,98 auf 46,36 M. Der Arbeitslohn hat sich durch den Abbau der über-tariflichen Löhne und die Verschlechterung der Löhne tatsächlich aber noch verringert. Hätten die Regierung und die Unternehmer eine vorausschauende Wirtschaftspolitik getrieben und die für die Ueberwindung der Krise erforderliche Entlastung des inneren Massenablaufes richtig eingeschätzt, so wäre die Steigerung der Real-löhne gefördert worden. Es ist aber weder eine Senkung der zum großen Teil überhöhten Warenpreise noch eine Steigerung der Arbeitslöhne durchgeführt worden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die durch die Rationalisierung erzielten Mehrgewinne sind restlos in die Taschen der Kapitalbesitzer geflossen.

wie sich das aus der Steigerung der Dividenden, der Erhöhung der offenen und versteckten Reserven und der Investierungen, sowie aus der außerordentlichen Steigerung der Aktienkurse ergibt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Am deutlichsten zeigt sich der Sieg der Interessenten in der Handelspolitik. Wirtschaftsministerium und Auswärtiges Amt stehen beim Abschluß von Handelsverträgen ganz unter dem Druck der starken Wirtschaftsverbände. Die Verhandlungen mit Frankreich sind über das europäische Eisenkartell geführt worden, für wesentliche Teile der Verhandlungen mit Japan bildeten die privaten Vereinbarungen der heimischen Industrie die Grundlage. Die Handelspolitik der Regierung läßt jede Führung vermissen, es wird stets denjenigen Kräften nachgegeben, die es verstehen, ihre starke Wirtschaftsmacht in politischen Druck auszuüben. Die Zölle, die ursprünglich zum Schutze der Industrie geschaffen worden sind, dienen heute zum größten Teile der Festigung der Vorherrschaft der Kartelle. Entgegen den Warnungen der Wissenschaft sind zum Schutze der getreibehausenden Großagrarier auch die Getreidezölle wesentlich erhöht worden.

Die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, wo sie noch vorhanden sind, können nicht durch Zölle beseitigt werden, sondern nur durch Verbesserung der Böden und der Produktionsmethoden, durch die der Ertrag bedeutend gesteigert werden kann. Auch jetzt noch sollen die erhöhten Roggenzölle aufrecht erhalten bleiben, obwohl die Verlogung der letzten drei Monate dieses Wirtschaftsjahres durch Einfuhr vom Auslande gesichert werden muß, weil die inländische Ernte schon vollständig ausverkauft ist. Nach der Schaffung des Zolltarifs mußte der von der Regierung angekündigte Kampf gegen das Kartellwesen ein Kampf gegen Windmühlen bleiben, wir können diesen Kampf nur führen, wenn in die deutsche Wirtschaft ein frischer Luftzug durch den Abbau der Zollmauern hineinwährt, der den Wettbewerb mit der Kartellherrschaft ermöglicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie wenig ernst es der Regierung mit dem Kampf gegen die Kartelle ist, zeigt die Tatsache, daß das Reichswirtschaftsministerium die ihm gegebenen Vollmachten nicht einmal im Sinne der Preisentwertung ausgenutzt hat, wie das besonders deutlich das Beispiel der Röhrenindustrie zeigt, wo trotz verbesserter Lage die Preise wesentlich erhöht worden sind.

Während die Regierung auf jede Einwirkung auf die private Wirtschaftsführung verzichtet, hat sie den Zugang zu den öffentlichen Mitteln denjenigen Großinteressenten freigemacht, die in der Form von Schwierigkeiten geraten waren. In Form verbilligter Reichsrenten oder von Garantien sind 732 Millionen Mark

an Subventionen der Großindustrie zugeführt worden. Wie leichtfertig dabei vorgegangen wird, beweist der Fall Krupp, wo erst 20 Millionen verlangt wurden; nachdem diese Subvention gescheitert war, teilt der Geschäftsbericht der Firma mit, daß sie auf die Subvention verzichten konnte, weil sich die Beschäftigung gebessert habe. Bezeichnend ist jetzt das zur Diskussion stehende Subventionsgesetz der Filmindustrie, hinter dem in der Hauptsache die Ufa steht. Es wird mit dem Verkauf des Unternehmens an Amerikaner gedrängt, bezeichnend ist es aber, daß die Bankreihe es ablehnen, den nationalen Interessen ohne Reichshilfe Rechnung zu tragen. Wie wird die Begründung bei der Subventionierung der Mosoga sein, bei der weder eine Förderung des Exports noch eine Mehrbeschäftigung von Arbeitern in Deutschland in Frage kommt, sondern hauptsächlich die Holzverwertung im Innern von Rußland?

Überblicken wir das Gesamtbild der deutschen Wirtschaftspolitik, so kommen wir zu dem Ergebnis: nur die Arbeiterschaft ist imstande, das Gesamtinteresse der Volkswirtschaft zu wahren, um deswillen wird sie kämpfen.

Für eine produktive Sozialpolitik durch Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung der Kaufkraft, für einen Abbau der Zollmauern, für die Steigerung des Exports und für die Herstellung des europäischen Gleichgewichts, also für eine Steigerung der Massenwohlfaht gegen die Selbstsucht der Kapitalbesitzer.

Wir fordern den planmäßigen Aufbau einer Wirtschaft, die sich auf der Grundlage der Solidarität aller arbeitenden Menschen aufbaut, und alle, die den Mut zum Schöpferischen haben, werden mit uns gemeinsam um die Erfüllung dieser Forderungen kämpfen! (Vorbild: Bessell bei den Sox.)

Abg. Dr. Reichert (Dnat.) wendet sich gegen die Hebernahme wirtschaftlicher Betriebe durch die öffentliche Hand, weil die Betriebe dann unrentabel würden und sie außerdem von Steuern befreit, eine unfaire Konkurrenz für die schwer belasteten Privatbetriebe würden. Die Sozialdemokratie habe selbst auf Rationalisierung gedrängt, jetzt dürfe sie sich nicht über die Folgen beklagen. Aber die Rationalisierung habe doch auch gute Folgen. Sie habe endlich einmal wieder eine Rente geschaffen und Arbeit habe ja selbst einmal gesagt: „Ohne Profit raucht kein Schornstein!“ Auch die Preisentlastung im Innern werde kommen. Arbeitszeit dürfe man aber nicht rationalisieren nach Schema F.

Wenn einzelne Arbeitslose sitzen, so dürfe man doch auch nicht vergessen, wie die Löhne der Beschäftigten gestiegen seien. Die Konjunktur sei noch nicht stabil, die Rentabilität der Betriebe noch nicht gesichert. Von einer merklichen allgemeinen Belebung der deutschen Wirtschaft, wie sie die Reparationsforderungen erwarteten, sei noch keine Spur vorhanden. Das Ausland müsse zum mindesten durch seine Handelspolitik die Erfüllung der Dawes-Bestimmungen durch Steigerung unserer Exporte ermöglichen. Bei den deutsch-polnischen Verhandlungen müsse man unbedingt freies Niederlassungsrecht fordern. Die Schwierigkeit der Verhandlungen mit Frankreich sei verständlich, wenn man sehe, wie ein dicker Buch die französische Zollnovelle darstelle. Die Kartellauswüchse würden

maglos übertrieben. Ueber sozialisierte Monopole, die tatsächlich beständen, befrage sich dagegen kein Mensch. (Lustig links: Und wie steht es mit dem Stahlmonopol?) Das besteht in Ihrer Phantasie, erwidert der Redner.

Abg. Schlad (S.) glaubt aus verschiedenen Erscheinungen zu erkennen, daß es mit unserer Wirtschaft vorwärts gehe. Aber der Wiederaufbau sei noch lange nicht gesichert. Wenn wir die Dawes-Darlehen für uns verwenden könnten, würden wir 600 000 Reichsmark mehr beschaffen können. Die Erfüllung des Dawes-Plans sei überhaupt nur durch Steigerung der Exporte möglich. Deshalb müsse der Völkerverbund dafür sorgen, daß die Zölle international abgebaut werden. Deutschland solle auf diesem Wege vorangehen.

Aus der Kartellentwicklung ergebe sich, daß sich doch ganz gewaltige Kapitalmächte in den Konzernen konzentriert hätten. Soziale Schranken gegenüber den Kartellwesen seien unbedingt notwendig.

Die von Dr. Reichert kühnen Erfolge der Rationalisierung für die breiten Volksschichten vertritt der Redner. Im Gegenteil seien die Preise gestiegen, die Lebenshaltung habe sich verschlechtert.

Daß dieser Zustand untragbar sei, müsse sich doch die Wirtschaft selbst sagen. Für den Aufstieg unserer Wirtschaft komme es nicht auf die Reserve der Industrie an, sondern auf die Hebung der Kaufkraft der großen Masse.

Abg. Albrecht (D. Sp.): Bisher seien noch längst nicht alle Industriezweige von der Rationalisierung erfasst, uns ständen noch zwei wichtige Phasen bevor, nämlich die technische Erneuerung der zusammengekauften Betriebe und die Durchorganisation der Unternehmungen. Die Vorwürfe, allein der Arbeiter habe die Kosten der Rationalisierung zu tragen, seien zu mildernden verstanden, denn die Unternehmungen würden in der nächsten Zeit außerordentlich große Geldmittel verbrauchen müssen. Wenn die Rationalisierung vorübergehend auch die Arbeitslosigkeit verschärfe, so sei sie doch das einzige Mittel, um durch wettbewerbsfähige Preise größere Märkte zu erschließen, die Produktion zu erweitern und auf diese Weise die Einstellung neuer Arbeitskräfte zu ermöglichen. Die Kartelle seien ein reines Defensivmittel, denn sie brächten Produktion und Absatz miteinander in Einklang und verschafften der Gesamtheit den Vorteil stabiler Preise. Dagegen stelle die Konzern- und Trustbildung ein Offensivmittel zur Senkung der Produktionskosten und damit der Preise dar. Die internationalen Wirtschaftspakte seien zu begrüßen und man müsse hoffen, daß die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in dieser Hinsicht neue Anknüpfungspunkte bieten werde. Ob die Gesundung der deutschen Wirtschaft anhalte, werde wesentlich davon abhängen, daß die Reparationsgläubiger als nützlichere Geschäftsleute einsehen, daß es sich bei dem Sanierungsversuch des Dawes-Plans nicht allein um Geld und Baren handle, sondern um ein Volk, das sich bei härtester Arbeit eine neue Zukunft erkämpfen wolle.

Abg. Koenen (Komm.) weist auf die Zusammenballung des Kapitals in Deutschland hin. Die Industrie habe ihre Gewinne zu erhöhen vermocht, während die Reallohne der Arbeiter zurückgegangen seien.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) kritisiert die Außenhandelspolitik des Ministers Curtius, der es bisher nicht gelungen sei, die europäischen Zollmauern abzubauen und im Innern „der kalten Sozialisierung“ entgegenzuwirken. Auch auf dem Gebiete des Kartellrechts sei nichts Durchgreifendes geschehen. Der Redner begründet eine Interpellation zur Handelspolitik, die nach dem

### Zeitpunkt für die Vorlegung des neuen Zolltarifs

fragt. Im Interesse der Bauern wird Aufhebung der Futtermittelzölle aus der letzten Novelle gefordert. Einer Durchpeitschung des neuen Zolltarifs, wie es im Sommer 1925 geschehen sei, würden sich die Demokraten mit allen parlamentarischen Mitteln widersetzen.

Der Redner unterstützt den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Roggenzölle. Die Futtermittelzölle müßten beseitigt werden, da sie zur vorzeitigen Abschachtung des Viehs und zur Beschränkung der Fleischversorgung führten.

Um 7 1/2 Uhr ruft Vizepräsident Graf die noch auf der Rednerliste stehenden Abgeordneten Drewny (Wirtsch. Bgg.) und Rauch-Rindgen (Bay. Sp.) auf, die beide nicht in dem fast leeren Sitzungssaal sind, und als letzten „Rohlfänger“ den Abg. Feder (Wölk.), der auch nicht da ist. Er will schon die Sitzung verlagern, da er schnell noch der Abg. Rauch-Rindgen im Saal. Der Redner wendet sich gegen die Konzentration des gewerblichen Lebens in Berlin.

Abg. Drewny (Wirtsch. Bgg.) führt aus, daß die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen durch die Betrüfungsercheinungen bedroht werde.

Um 8 1/2 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 2 Uhr, außerdem Haushalt für Ernährung und Landwirtschaft.



### Ein Ideales Hausmittel

gegen Verwundungen, Verbrennungen, Eiterungen, alte Frostschäden, Entzündungen, Halsschmerzen, Schnupfen usw. ist **Chinosol**.

Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Versuchspackung nur 60 Pf. Verlangen Sie dieselbe zugleich die kostenlose Broschüre „Die Haus- und Stallapotheke, Anleitung zur Einrichtung und Benutzung“.

**Chinosolfabrik A.-G., Hamburg**

# Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1926

Das Jahr 1926 brachte der deutschen Wirtschaft das Ende der Deflationskrise. Um die Mitte des Jahres, etwa mit dem Ausbruch des englischen Bergarbeiterstreiks, aber doch nur teilweise durch ihn bedingt, begann man eine Belebung des Geschäfts zu spüren. Die Kraft zur Überwindung der Krise entsprang in erster Linie der deutschen Wirtschaft selbst, die man die Früchte der energischen Umgestaltung des Jahres 1924 und 1925 zu genießen begann. Steigende Umsätze wurden mit geringerm Aufwand an Kapital und Kräften erzielt, ohne daß allerdings die Leistungsfähigkeit der Industrie voll ausgenutzt werden konnte. Infolgedessen mußten als unerwünschte Begleiterscheinungen des Umstellungsprozesses eine vermehrte Arbeitslosigkeit und ein schwacher innerer Markt in Kauf genommen werden. Das Sinken des Index für die industriellen Rohstoffe und Halbfabrikate von 134,4 im Monat Januar auf 128,7 Ende Dezember vorigen Jahres und für industrielle Fertigerwaren von 128,9 auf 141,9 deutet den Wiederanschluß der Industrie an die Weltmärkte an.

Da das heutige Deutschland mehr als vor dem Kriege von den Wirtschaften der anderen Völker abhängig geworden ist, so ist es empfindlicher als vormals für besondere Ereignisse weltwirtschaftlichen Charakters, wie die Schwankungen der westeuropäischen Wäluere oder die Auswirkungen des englischen Streiks, sowie für die aus der Verflechtung der einzelnen Volkswirtschaften sich ergebenden internationalen Fragen, die auf die Handelspolitik der Völker ihren Einfluß ausüben. So ist das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz ein internationales Problem und für Deutschland besonders deshalb wichtig, weil es durch den Dawesplan auf den Export hingedrängt wird. Aber die Aufnahmefähigkeit der Märkte hat mit der Vermehrung der Produktionskräfte der Welt nicht Schritt gehalten. Dies geht auch aus der Preisbewegung der industriellen Grundstoffe im Verlaufe des Jahres 1926 gegenüber 1925 hervor, die zum Teil sogar einen absoluten Rückgang ohne Berücksichtigung der seit 1914 eingetretenen ca. 30prozentigen Goldwertung aufweist. Auch der schnelle internationale Zinsabwärt während des Jahres 1926 ist nicht nur auf den wachsenden Ausgleich zwischen dem amerikanischen Geldüberfluß und dem europäischen Geldmangel zurückzuführen, sondern in erheblichem Maße auf die noch immer beschränkten Verwendungsmöglichkeiten von Kapital in den notleidenden Wirtschaften des Kontinents und die geringe Kaufkraft der durch den Krieg geschwächten Länder.

Deutschlands Außenhandel hat demgegenüber, als ganzes genommen, mit einem Passivsaldo von 0,15 Milliarden RM. gegenüber einem Passivsaldo von 3,6 Milliarden RM. im Jahre 1925 eine erfreuliche Besserung aufzuweisen. Wenn diese günstige Entwicklung auch in erster Linie auf einen starken Rückgang der Einfuhr zurückzuführen ist, so ist doch die Tatsache, daß eine Verminderung des Imports um 2500 Millionen RM. bei gleichzeitiger Belebung der Konjunktur möglich war, von grundsätzlicher Bedeutung. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Einfuhr an Fertigfabrikaten zwar um 512,2 Millionen RM. auf 6996 Millionen RM. zugenommen hat, ihr prozentualer Anteil am Gesamtexport aber von 75,3 Proz. im Jahre 1925 auf 71 Proz. zurückgegangen ist. Die Entwicklung einzelner Exportindustrien, deren Lage auf dem inneren Markt sich zum Teil nicht wesentlich gebessert hat, zeigt, daß eine allzu zurechnende Beurteilung der Dinge noch nicht am Platze ist. So ergibt ein Vergleich mit der Vorkriegszeit, daß Deutschland als elektrotechnischer Lieferant auf dem Weltmarkt erheblich verloren hat und daß auch die Maschinenindustrie ihre Ausfuhr auf ca. 60% Proz. des Vorkriegsniveaus reduzierte und ihre führende Stellung auf dem Weltmarkt an die Vereinigten Staaten abgeben mußte.

Immerhin besteht die begründete Hoffnung, daß im weiteren Verlauf, insbesondere nach dem Fortfall des Valuta-Dumpings der westlichen Inflationen und in dem Maße, in dem die Befriedigung Europas zu einer weiteren Konsolidierung der kontinentalen Verhältnisse führt, auch Deutschland von der allgemeinen Erholung der deutschen Außenhandel vorantreiben können.

Die starke Steigerung des deutschen Außenhandels vor dem Kriege in der Kaufkraft des inneren Marktes fand, wie es solange es den wirtschaftlichen Gesetzen des Dawesplanes unvorwies, nicht kaum wieder erlangen können. In dieser Tatsache liegt zum Teil die Erklärung für seine im allgemeinen immer sich schwerer werdende Neigung für kontinentale und internationale wirtschaftliche Zusammenhänge, wie wir sie in der Rohstoffgemeinschaft, dem Schienenkartell, dem Kupferkartell und den Abmachungen der Kali-Industrie mit der französischen Kartellgruppe im vergangenen Jahr kennengelernt haben. Selbstverständliche Sorge jeder deutschen Regierung muß sein, den inneren Markt soviel wie möglich zu stärken, insbesondere die Kaufkraft der Bevölkerung zu heben, die auch den steigenden Sparkassenguthaben und Monatsverträgen der Reichsbanknotensteuer und den Umsätzen bei den Konsumverträgen im Jahre 1926 zu urteilen, immerhin gewachsen ist. Aber noch sind viele Hemmnisse zu verzeichnen: Die so notwendige ökonomische Besserstellung unserer Landwirtschaft ist trotz ihres hohen technischen Standes bisher nicht erreicht; die viel zu hohe Besteuerung ebenso wie die Arbeitslosigkeit behindern die Weiterentwicklung; die Zwangswirtschaftung der städtischen Grundstücke wird zum Schaden der Wirtschaft noch immer aufrecht erhalten, obwohl ihr planmäßiger Abbau erwünscht ist; in Angriff genommen wird, während die öffentliche Hand die Selbständigkeit und die Zahl der freien privaten Unternehmungen auf aller Gebieten einengt.

Das verlorene Jahr hat der Landwirtschaft eine gewisse Erleichterung auf dem Gebiete der Geldversorgung gebracht. Es hat eine beträchtliche Konsolidierung arbeitsverdrängender Schulden stattgefunden. Infolge der Umwandlung persönlicher Schulden in niedriger verzinsliche Realkredite sowie infolge der Geldverbilligung dürfte trotz der Erhöhung der Schuldsumme im Laufe des Jahres die Zinslast der Landwirtschaft nicht gestiegen sein. Sie wird auch, wenn man die auf rund 5 Milliarden zu schätzenden Aufwertungsypotheken berücksichtigt und den Zinsendienst für die Rentenbankbelastung hinzurechnet, immer noch um schätzungsweise 100 Millionen hinter dem im Jahre 1915 zu leistenden Zinsdienst von ca. 700 Millionen (auf das jetzige Reichsgebiet berechnet) zurückbleiben. Eine Abdeckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten aus den Einnahmen der Ernte ist allerdings auch im vorigen Jahre nicht möglich gewesen, da das Erntenergebnis für fast alle Feldfrüchte wesentlich hinter dem des Jahres 1925 zurückgeblieben ist. Wenn der mengenmäßige Anfall noch durch die feste Preisregelung etwas ausgleichend wurde, so ist doch mit einer raschen Behebung der Agrarmarkts nicht zu rechnen, solange nicht die Belastung durch Steuern und Abgaben, die auf etwa das 3-fache des Friedensstandes zu schätzen ist, auf ein tragbares Maß zurückgeführt wird, und durch Bereitstellung niedriger verzinslicher Betriebskapitalien des Landwirtes die Möglichkeit gegeben ist, die Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe zu steigern und sie rentabel zu gestalten. Jedenfalls ist die unter Führung der Reichsbank begonnene Konvertierung der landwirtschaftlichen Pfandbriefe in niedriger verzinsliche sehr zu begrüßen.

Auf dem Gebiete der Finanzpolitik hat das abgelaufene Jahr einige Fortschritte gebracht, die jedoch bei weitem nicht ausreichen, unserer Wirtschaft

eine wirkliche Erleichterung zu schaffen. Die hohen Einkommensteuern wirken hemmend auf die Kapitalbildung ein, wobei gerade die kleineren selbständigen gewerblichen Betriebe am meisten getroffen werden. Sowohl die Steuerpolitik wie die Lohnarbeitspolitik der Regierung zwingen zur Konzentration und zur Bildung größerer Unternehmungen und verstärken so die an und für sich vorhandene Tendenz zum Großbetrieb. Der Steueranstoß zwischen Reich und Gemeinden ist im Jahre 1926 nicht erfolgt. Einmal haben die Gemeinden mit ihren übertriebenen Gewerbesteuern viel dazu beigetragen, die Wirkungen der kleinen Steuerermäßigungen des Reiches abzuschwächen. Für eine gesunde Weiterentwicklung ist es unerlässlich, einen Anstoß herbeizuführen, der die ungenutzte Belastung der Wirtschaft seitens des Reiches, der Länder und der Gemeinden nicht nur nicht verstärkt, sondern herabmindert. Solche Entlastung ist nur möglich, wenn ernsthaft daran gegangen wird, die Ausgaben zu verringern und eine sparsame Verwendung der öffentlichen Mittel im Reich, Ländern und Gemeinden durchzusetzen. Dem Rationalisierungsprozess der privaten Betriebe ist eine entsprechende Politik in den öffentlichen Haushalten nur in bescheidenstem Maße gefolgt.

Im Reichsausschuß spielen von Jahr zu Jahr die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge eine bedeutendere Rolle. Die derzeitige Art der Erwerbslosenfürsorge ist schon deshalb auf die Dauer nicht zu ertragen, weil sie die Verschwendung für einzelne fördert, sich als arbeitslos zu melden oder nur kürzere Zeit zu arbeiten, um dann wieder Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Die mit Recht begonnene Fürsorge für die durch Arbeitslosigkeit erzeugte Not hat mit der Zeit zu einer gefährlichen Wechselwirkung zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit geführt, die aus finanziellen und sozialen Gründen nicht länger bestehen sollte. Jedenfalls ist zu wünschen, daß eine neue Regelung der Arbeitslosenunterstützung des Anreiz, nicht zu arbeiten, nach Möglichkeit unterdrückt, weil nur bei einem allgemeinen Willen zur Arbeit die produktiven Kräfte des Landes gehoben und auch die Konsumkräfte gestärkt werden. Hemmend auf den Willen zur Arbeit wird auch eine schematische Regelung der Arbeitszeit durch rückwirkende Erwirkung des Achtstundearbeitstages einwirken. Die Arbeitslosigkeit wird durch solche Regelung eher gesteigert werden, weil einerseits die Unternehmungen Schaden leiden und andererseits die Wirtschaft gezwungen werden wird, durch Verbesserung der Arbeitsmethoden und neue Konzentration den Ausfall an Arbeit wieder einzubringen, ohne die Kosten über das Maß der eigenen Wettbewerbsfähigkeit steuern zu lassen. Ebenso wie der Verkehr der Verkehr erzeugt, bringt Arbeit neue Arbeitsmöglichkeiten hervor.

Wir können die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die kurze Zeit des Aufwachens seit der Mitte des Jahres 1926, die noch keine allgemeine und durchgreifende Besserung brachte, nicht nur durch eine übertriebene sozialpolitische Gesetzgebung, sondern auch durch übermäßige Lohnforderungen, die sich überall andeuten, ein baldiges Ende finden kann. Die bereits vorhandenen Lasten der Unternehmen sind so groß, daß die Möglichkeiten, Lohnforderungen nachzukommen, viel beschränkter sind als in einer von Reparationsleistungen freien Wirtschaft.

Schon diese flüchtige Betrachtung der Lage Deutschlands zeigt, daß wir den Kampf um unsere Existenz noch nicht ganz gewonnen haben, aber wir können das Jahr 1926, welches als eine Zeitspanne, in der die Bemühungen, unser Gleichgewicht wieder zu erlangen und unsere internationale Stellung zu festigen, Erfolge zeitigten, als ein erfolgreiches und unser Vertrauen in die Kraft, ohne das alle Arbeit unmöglich gewesen wäre, das hat sich besonders in dem Wiederaufbau des inländischen Kapitalmarktes gezeigt, der mit einer weitgehenden Konsolidierung unserer ausländischen Schulden verbunden war.

Zu der Zweckmäßigkeit einer Aufnahme von Auslandskrediten ist in der Öffentlichkeit wiederholt kritisch Stellung genommen worden. Wir halten einen weiteren Zufluß von Auslandsgeldern für notwendig und wünschenswert, insofern eine produktive Verwendung des einströmenden Kapitals sichergestellt wird, was im vergangenen Jahr nicht immer der Fall war. Die zeitweise beobachtete Überlastung des kurzfristigen Geldmarktes rührte von solchen nicht unmittelbar zur Verwendung kommenden Kapitalen her. Es ist nicht unwichtig, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß von der gesamten langfristigen Auslandverschuldung in Höhe von ca. 4 Milliarden RM. 2,47 Proz. auf die Dawes-Anleihe, 30,6 Proz. auf Anleihen der öffentlichen Hand und nur 45,3 Proz. auf die Inanspruchnahme durch private Unternehmungen entfallen.

Die monatliche durchschnittliche Zunahme der Guthaben auf Spar- und Girokonten bei den deutschen Sparkassen betrug im Jahre 1926 145 Millionen gegen 119 Millionen im Jahre 1925, der Einlagenbestand am Jahresende 4,180 Milliarden gegen 2,905 Milliarden. Die Einlagen in provisionsfreier Rechnung bei 6 Berliner Girobanken waren im Oktober 1926 auf 2725,5 Millionen gegen 2128,6 Millionen gestiegen. Die Beteiligung des Inlands an der inländischen Wertpapierausgabe im Jahre 1926 betrug 423 Millionen gegen 1487 Millionen im Jahre 1925. Wenn hier auch die Festigung des inneren Kapitalmarktes im vergangenen Jahr zweifellos erhebliche Fortschritte gemacht hat, so ist doch die während dieser Zeit erfolgte Diskontinuität von 9 auf 6 Proz. sowie die entsprechende Zinsabwärt nicht nur durch den tatsächlichen Kapitalwert Deutschlands begründet gewesen, sondern auch bestimmt worden durch den Wunsch, die Wirtschaft durch Verminderung der Kapitalbeschaffungskosten zu fördern. Erst wenn der Ausgleich zwischen dem Geld- und Kapitalmarkt erfolgt ist, wird man von normalen Geldverhältnissen reden können. Die mangelnde Verknüpfung zwischen den beiden Märkten hat im vergangenen Jahr dazu geführt, daß zeitweilig kurzfristige Gelder mangels sonstiger nutzbringender Verwendung in langfristigen Emissionen angelegt wurden, und andererseits der langfristige Kapitalbedarf durch kurzfristige Geldaufnahmen befriedigt werden mußte, eine Politik, die nicht ohne Bedenken ist. Die beste Verbindung zwischen Geld- und Kapitalmarkt ist ein ausgedehnter, nur durch genügende Bildung von privatem Kapital ermöglichter Privatkapitalmarkt, der die kurzfristigen Mittel einer produktiven Verwendung durch die Wirtschaft zuführt.

Die gebildeten Verhältnisse in der Wirtschaft und auf dem Geld- und Kapitalmarkt spiegeln sich am deutlichsten in der Entwicklung der Börse wieder. Der Gesamtindex der an der Berliner Börse gehandelten Aktien stieg — unter Zugrundelegung der Kurse vom 31. Dezember 1927 gleich 100 Proz. — von 124,51 Proz. am 15. Mai auf 217,12 Proz. am 31. Dezember 1926.

Als im Frühjahr Anzeichen dafür vorliegen, daß die Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, begann man an der Börse den unterbewerteten Aktien wieder Interesse zuzuwenden. So vollzog sich eine Bewegung, die auf den ersten Blick widerspruchsvoll erschien. Während die Lage von Industrie und Landwirtschaft noch völlig unbefriedigend war, stiegen die Aktien an, langsam aber stetig zu steigen. Wenn auch im Verlauf des Jahres die Aufwärtsbewegung der Kurse einen besonderen Antriebe von der Geldseite bekam, so trat trotz

gewisser Uebertreibungen, bei denen die Kurshöhe außer Verhältnis zur möglichen Rente stand, als gesunder Leitgedanke der ganzen Bewegung das Vertrauen auf eine Besserung infolge der fortschreitenden Umstellungs- und Anpassungsprozesse der Wirtschaft hervor.

Die Banken waren in der Lage, den gesteigerten Anforderungen der Wirtschaft und der Börse gerecht zu werden. Mehr als die Hälfte der ihnen zugeflossenen neuen Mittel wurde zur Erhöhung des Kontokorrentkredits benutzt. Die Börsenkonzunktur führte zu einer Zunahme der Lombardi und Reporte bei den inländischen Banken, aber auch ausländisches Geld kam der Börsenbewegung zugute. Der Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes folgend haben die Banken auch ihrerseits durch eine starke Herabsetzung der Konditionen die Belebung der Wirtschaft gefördert. Im Verlauf des Jahres 1926 sind die Kosten für Kredite in laufender Rechnung um rund 4 1/2 Proz. zurückgegangen. Eine entsprechende Senkung der Kosten ist nicht eingetreten, weil auch im Jahre 1926 Erhöhungen des unter Mitwirkung des Arbeitsministeriums für die Angestellten festgesetzten Gehaltstarifs eintraten und das flotte Börsengeschäft die Einstellung von Hilfskräften, soweit dies technisch möglich war, notwendig machte. Die hauptsächlichsten Faktoren, die gegenüber der Vorkriegszeit die Arbeit in den Banken verteuern, nämlich die viel kleineren Abschnitte der Aktien, Wechsel und Schecks und die mit dem Kapitalmarkt zusammenhängende geringere Höhe des Einzahlensatzes, haben sich kaum verändert; auch haben die den Banken zugewiesenen öffentlichen Aufgaben im Jahre 1926 noch viel Zeit und Kosten erfordert.

Wir hoffen trotzdem, durch Verbesserung unseres Betriebes die Unkosten noch weiter herabdrücken zu können. Die Zahl der Kaufmännischen und gewerblichen Angestellten einschließlich der Lehrlinge hat nur von 944 auf 8622 gesunken werden können, übersteigt also noch immer erheblich den entsprechenden Stand der Vorkriegszeit.

Die Zahl der im Jahre 1926 bei der Bank geführten Konten betrug 279 777 gegen 279 164 im Jahre 1925, der Umsatz auf einer Seite des Hauptbuches RM. 141 599 077 286.— gegen RM. 118 576 155 194.—

Der wachsende Umfang der Geschäfte unseres Instituts veranlaßte uns, einer auf den 7. September 1926 einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals auf RM. 100 000 000.— vorzuschlagen. Von dem neuen RM. 22 000 000.— Aktien sind RM. 19 500 000.— den Aktionären zum Kurse von 120 Proz. zum Bezuge angeboten, die restlichen RM. 2 500 000.— freihändig begeben worden. Das aus der Kapitalerhöhung erzielte Aufgeld ist nach Abzug der entstandenen Kosten mit RM. 3 900 000.— dem ordentlichen Reservefonds zugeflossen, welches sich hierdurch und durch die von uns beantragte Verwendung von RM. 1 600 000.— aus dem Reingewinn pro 1926 auf insgesamt RM. 30 400 000.— erhöhte.

Von den aus bestehenden Gesellschaften hatte die **Deutsch-Südamerikanische Bank** unter einer vorübergehenden Konzeptionsunterstützung in Brasilien zu leiden, über die seinerzeit die Öffentlichkeit seitens der Bank in eingehender Weise unterrichtet wurde. Nach erfolgter Aufklärung und Entlassung der schuldigen Beamten wurde die Konzeption seitens der brasilianischen Regierung noch im alten Jahr wieder erfüllt. Immerhin hat die mehrmonatige Unterbrechung der Tätigkeit in Brasilien das Ergebnis des Jahres erheblich beeinträchtigt, so daß die Bank für 1926 eine Dividende nicht verteilen wird.

Die **Deutsche Orientbank** konnte im verfloßenen Jahre ihre Stellung im türkischen Wirtschaftsleben weiterhin ausbauen und befestigen. Durch Errichtung von Zweigniederlassungen in Alexandria und Cairo gelang es ihr, auch in Ägypten wieder festen Fuß zu fassen. Die dortigen Filialen haben trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits eine erfreuliche Entwicklung genommen. Die Bank wird voraussichtlich die gleiche Dividende wie im verfloßenen Jahre (5 Proz.) ausschütten.

Unsere **Amerikaner Kommandite**, die Bankfirma **Proehl & Gutmann**, hat sich weiter günstig entwickelt und dürfte auch pro 1926 ein befriedigendes Ertragsjahr erzielt haben. Auf Grund einer Vereinbarung mit der Niederländischen Bank ist die Firma jetzt auch in der Lage, Akzept zu leisten, und auf diese Weise in den Stand gesetzt, in noch größerem Maße als bisher sowohl die deutsche Einfuhr wie auch die Einfuhr nach anderen Ländern durch Rembourskredite zu finanzieren. Die billigen Geldsätze in Holland boten hierzu reichlich Gelegenheit.

Die Zunahme des Kontos der dauernden Beteiligungen erklärt sich im wesentlichen aus dem Erwerb von Aktien der Internationalen Bank in Luxemburg und von neuen Aktien bzw. Anteilen der Oldenburgerischen Landesbank, der Deutschen Orientbank und der Hardy & Co. G. m. B. H.

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung angegebene Einnahme aus dauernden Beteiligungen stellt die Ertragsseite des Jahres 1925 dar. Dientigen des Jahres 1926 werden in der nächstjährigen Bilanz verrechnet werden.

Unter vorsichtiger Bewertung aller Aktiven ergibt sich laut Gewinn- und Verlustrechnung ein Ueberschuß von . . . . . RM. 79 958 650,81 und nach Absetzung der . . . . . RM. 54 922 954,22 Handlungskosten mit . . . . . RM. 4 524 585,79 Steuern mit . . . . . RM. 59 847 522,51 verbleibt ein Reingewinn von . . . . . RM. 11 911 108,— dessen Verteilung wir wie folgt vorschlagen:

Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage	RM. 1 600 000,—
Zuweisung zum Pensionsfonds	RM. 350 000,—
4 Proz. Dividende auf RM. 78 000 000.—	RM. 3 120 000,—
2 Proz. Dividende auf RM. 22 000 000.—	RM. 440 000,—
	RM. 5 510 000,—
	RM. 6 401 108,—
Tantieme an den Aufsichtsrat	RM. 432 975,—
4 Proz. Superdivid. auf RM. 78 000 000.—	RM. 4 880 000,—
3 Proz. Superdivid. auf RM. 22 000 000.—	RM. 660 000,—
Vortrag	RM. 628 125,—
	RM. 6 401 108,—

Dresden, im März 1927.

## Der Vorstand

Walther Frisch. Herbert M. Gutmann. Carl Hrdina.  
Wilhelm Kleemann. Georg Mosler. Henry Nathan.  
Paul Schmidt-Branden.

# Kanaldebatte im Reichstagsauschuss.

Gesamtkosten der Projekte 1 1/2 Milliarden Mark.  
Misstrauen gegen die Reichsbahn.

In der fortgeführten Aussprache über die Kanalprojekte in der Sitzung vom Montag nachmittag im Ausschuss für den Reichshaushalt; bemerkt der Zentrumsredner Schlab, es scheint ihm zurzeit durch das deutsche Volk eine Kanalpsychose zu gehen, von der auch das Ministerium sich nicht freihalte. Seine Partei werde die Frage prüfen unter den Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Notwendigkeit, der Geldbeschaffung und der Rentabilität. Freilich dürfe man Grenzgebiete, wie z. B. Wachen, nicht verachten lassen. Das würde geradezu eine Katastrophe werden und die Reichsbahn scheine sich gerade hier drängen zu lassen, anstatt selbst die Initiative zu ergreifen. Versage sie, so müsse ein Kanal gebaut werden, auch wenn er unwirtschaftlich sei.

Hr. Dr. Altmann (Dnat.) hat, bei der grundsätzlichen Betrachtung der Verkehrswertigkeit der verschiedenen Transportmittel auch die Fortschritte der Technik nicht zu übersehen. Die fortschreitende Elektrifizierung großer Landstrecken mache Kohlentransporte überflüssig. Das gleiche finde durch die Delfeuerung der Seeschifffahrt statt. Eine entscheidende Rolle in der Transportfrage werde die Verbilligung der Steintohle spielen, ebenso die Umwandlung von Braunkohle in Braunkohlensäure und Strom. Auch die Fernversorgung mit Fernstrom und Gas müsse berücksichtigt werden. Alle Rationalisierungen in Erzeugung und Transport der Güter bringe eine starke Verbilligung und damit wahrscheinlich auch eine starke Vermehrung der Gütererzeugung und des Transports hervor. Die entscheidende Frage sei, ob der Transport der Güter auf den Wasserstraßen billiger als auf der Eisenbahn. Diese Kardinalfrage sei noch nicht völlig geklärt, soweit die künstlichen Wasserstraßen in Frage kommen.

Hr. Dietrich (Dem.) meinte, angesichts der Tatsache, daß die Wasserstraßen immer noch ein Viertel des Verkehrs bewältigen, könne man sich nicht einfach auf den Standpunkt stellen, die Eisen-

bahn sei so leistungsfähig, daß Wasserstraßen überflüssig sind. Man habe sich grundsätzlich zu überlegen, was man angesichts der Reparationslasten in den nächsten Jahren finanziell verkraften könne. Sodann müsse die Entwicklung in der Richtung der Transportvermehrung gedrängt werden und endlich müsse man der Eisenbahn Zeit lassen, ihre verkehrsverbilligenden Pläne durchzuführen.

Hr. Engbeding (D. Sp.) tritt mit Nachdruck für den Ausbau der Wasserstraßen ein und bezeichnet die bisherige Argumentation der Reichsbahn gegen die Wasserstraßen als oberflächlich und sich widersprechend. Die Kernfrage des ganzen Problems sei die Steigerung unserer Exporte durch billigere Frachten für Massengüter, und damit die Aktivierung unserer Zahlungsbilanz. Die Reichsbahn sei niemals in der Lage, so billig zu fahren wie die Binnenschifffahrt.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch wies darauf hin, daß gegenüber den Kanalbauten in der Öffentlichkeit jetzt eine kräftigere Stimmung eingetreten sei als zuvor. Deshalb könne er auch neuen Wünschen nicht ohne weiteres nachgeben. Aber bezüglich der in den Staatsverträgen vereinbarten Kanalbauten dürfe das Steuer nicht ständig hin und her geworfen werden. Die Länder müßten überzeugt sein, daß einmal getroffene Abmachungen auch gehalten werden. Die Reichsbahn habe gegen die Wasserstraßen in der Hauptsache finanzielle Bedenken geäußert. Letzten Endes sei die ganze Frage eine Tariffrage. Bisher habe die Reichsbahn sich noch nicht entschließen können, die von der Wirtschaft verlangten billigeren Tarife zu schaffen. Sie sei der Ansicht, daß die Dames-Kosten eine billigere Tarifierung zurzeit nicht zulassen. Die Reichsbahn habe bezüglich der Gestaltung ihrer Tarife noch immer keine genaue Antwort gegeben, sondern sich stets in allgemeinen Wendungen bewegt. So habe sie leghin die Antwort gegeben, daß sie zu den Tarifen fahren werde, die ein Kanal gewähren könne, der seine Anlagelosten voll verzinst und amortisiert, seine Betriebs- und Unterhaltungskosten voll deckt und für den nur wirklich ernst zu nehmende Frachtungen in die Voranschläge eingestellt werden. Auf diese Weise komme es natürlich zu keiner Einigung über die Berechnungsgrundlage. Bei solchen schwankenden Vorbedingungen frage es sich nun, ob der Haus-

haltsauschuss auf die Kanalbauten verzichten will. Das sei lediglich eine Vertrauensfrage. Jedenfalls sei nicht zu verkennen, daß gegenüber der Reichsbahn starkes Misstrauen Platz greife.

Auf Wunsch verschiedener Abgeordneter gab im Laufe der Debatte Staatssekretär Guldberg die folgende Auskunft über die möglichen Kosten der verschiedenen Kanalprojekte. Danach werden die im Bau befindlichen und die von der Reichsregierung projektierten Kanäle aus Reichsmitteln einen Betrag von 650 Millionen erfordern. Von dieser Summe entfallen 225 Millionen auf die neuen Kanalprojekte, der Rest auf den Ausbau schon bestehender Wasserstraßen. Zu diesen 650 Millionen, die das Reich aufzubringen hat, haben die Länder auf Grund der Verträge 200 Millionen Mark zuzuschießen, so daß also die obigen Pläne im ganzen einen Kostenaufwand von 850 Millionen erfordern werden.

Zu den obigen Projekten sind von der Industrie an das Ministerium noch die folgenden Projekte herangebracht worden: Der Rhein-Rhein-Kanal, veranschlagt auf 240 Millionen, der Hanfa-Kanal mit 300 Millionen, der Rindnich-Kanal mit 65 Millionen, so daß bei Durchführung aller bisherigen Projekte ein Betrag von etwa 1 1/2 Milliarden in Frage kommen würde.

Als Abschluß der Kanaldebatte wurde im Reichshaushaltsauschuss einstimmig die folgende Resolution angenommen: Die Reichsregierung zu ersuchen, mit der Reichsbahngesellschaft wegen Klärung und positiver Abmachungen umstrittener Verkehrsprobleme in Verhandlungen zu treten, sowie festzustellen, 1. ob und inwieweit ein weiterer Ausbau von Wasserstraßen oder Eisenbahnen vorgenommen werden soll; 2. in welcher Weise den wirtschaftlich besonders hart bedrohten Grenzgebieten auf verkehrspositivem Gebiet beschleunigt und wirkungsvoll geholfen werden kann; 3. Bestimmte Zusicherungen von der Reichsbahn bezüglich der künftigen Tarifgestaltung, insbesondere bei großen Kanaltransportfähigen Massengütern im Sinne einer allgemeinen Verbilligung derselben gegeben werden können. Diese Verhandlungen sind zu beschleunigen und dem Reichstag nach seinem Wiedereintritt von dem Ergebnis Mitteilung zu machen.



## Einem lieben Gaste

bietet man das Beste, was Küche und Keller fassen. Es plaudert sich so angenehm bei einer Tasse köstlich duftenden Kaffees, den die Hausfrau, dem Gaste zu Ehren besonders sorgfältig bereitet hat.

Ein halber Würfel Weber's Carlsbader genügt, dem Gaste die herbwürzige Kraft der Kaffeebohne zu vermitteln und ihm den einladend goldenen Schimmer des Carlsbader Kaffees zu geben.



Ein Päckchen kostet nur 35 Pfg. und würzt weit über 100 Tassen!

### Theater, Lichtspiele usw.

#### Stnats-Theater

Opernhaus  
a. Platz d. Republ.  
7 1/2 Uhr: Versteigert,  
Spanisches Fest,  
Ländliche Tänze,  
Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Der Barbier  
von Sevilla

#### Schiller-Theater

8 Uhr: Ranzia

#### Städtische Oper

Charlottenburg  
7 1/2 Uhr:

#### Falstaff

Abonn.-Turnus I.

#### Deutsches Theater

Norden 10334-37  
8 Uhr

#### Bonaparte

8 Uhr

#### Kammerspiele

Norden 10334-37  
8 Uhr

#### Letzte Aufführung!

Die Gefangene

Morgen, den 16.

Zum 1. Mal:

#### Toni

#### Die Komödie

Bismarck 2414, 7317

8 1/2 Uhr:  
Letzte Woche:  
Die Perle

Theat. u. Holländerpl.  
Kurfürst 2091  
8 Uhr:

#### Max Adalbert

in "Müllers"

#### Metropol - Theater

Täglich 8 Uhr:  
Zirkusprinzessin

#### Thalia-Theater

8 Uhr:  
Der müßige Seefahrer

#### Trianon-Theater

8 1/2 Uhr:  
Abstelgequartier

Stellt Jagdübungen vor

#### Keller-Revue

Theater im  
Admiralspalast  
Täglich 8 1/2 Uhr

#### An u. aus

8 1/2 Uhr

#### Rose-Theater

8 1/2 Uhr:  
Das Mädchen von  
der Landstraße

#### treue Nympe

Elisabeth Bergner

#### Ben Hur

Norden 6304  
8 Uhr:

#### Dover - Calais

Abends, v. Thelmann,  
Erasimewitz.

#### Philharmonie

8 Uhr:  
Konzert  
des Philharmon. Orch.  
Dirigiert: Prof.  
Dr. G. Schumann  
Sol.: Mischa Szymanowski,  
Thalson

#### Befonders

wirkam sind  
die KLEINEN  
ANZEIGEN in  
der Gesamt-  
ausgabe des  
"Vorwärts"  
und trotzdem  
billig!

### Volksbühne

Theater am Blöowplatz/Th. am Schiffbauerdamm

#### Volpone

Morgen 8 Uhr  
Volpone

#### Das Grabmal

des unbekannt  
Soldaten.

#### Komische Oper

Allabendlich 8 1/2 Uhr:  
Sünden  
der Welt

Die weltstädtische  
James-Klein-Revue  
250 Mitwirkende / Theaterk.  
ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet.

#### Neues Theater am Zoo

Großbühnen-Schauspiele  
Uraufführung

#### Gonya - die Enkelin

des Königs Lear

von Carl Leyat

Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr, 20. März

Billett-Vorbestellung Amt Oliva 160.

#### Reichshallen-Theater

Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr

#### Stettiner Sänger

Das neue Programm!  
Mittwochs: halbe Preise,  
volles Programm!

#### Wühhoff-Brett's

Variété, Konzert, Tanz.

#### Winter-Garten

Rauchen gestaffelt

#### SARRASANI

Neue Autohülle, 29. März letzter Tag

Tägl. 7 1/2 Uhr, Mittwoch, Sonnabend, Sonntag,  
auch 3 Uhr, Kinder halbe Preise.



## farbige Schuhe

brauchen noch sorgfältigere Pflege als schwarze. Flecken in hellen Strümpfen müssen eine Warnung sein. Ihre farbige Schuhcreme ist dann nicht einwandfrei. Ja, sie ist gefährlich für das Leder. Hüten Sie sich. Verwenden Sie ausschließlich die meistgebrauchte, beste Lederpasta

# Erdal

putzt die Schuhe  
pflegt das Leder!



#### Die Komödie

Bismarck 2414, 7317

8 1/2 Uhr:  
Letzte Woche:  
Die Perle

Theat. u. Holländerpl.  
Kurfürst 2091  
8 Uhr:

#### Max Adalbert

in "Müllers"

#### Metropol - Theater

Täglich 8 Uhr:  
Zirkusprinzessin

#### SCALA

Nollendorf 7360  
8 Uhr:

#### Rastelli

und die übrigen  
Sensationen!

Sonabend u. Sonntag  
3 Vorstellungen  
2 u. 8 Uhr,  
3 u. ermäßigt.  
Preisend. ganze  
Programm

#### Befonders

wirkam sind  
die KLEINEN  
ANZEIGEN in  
der Gesamt-  
ausgabe des  
"Vorwärts"  
und trotzdem  
billig!

#### CASINO-THEATER

Das erste Volksstück in dieser Spielzeit

#### Familie Habenichts!

anschnitten. Gutscheine 1-4 Mk.  
Pauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Tägl. 8 Uhr im Saal-Gebäude: Der klassische Zirkus

#### HAGENBECK

Die neue Welt-Sensation:  
Der Mensch als Granate

#### Ork Charell bringt: Wie einst im Mai

mit  
Alfred Brann  
Camilla Spira

Deners, Kupfer,  
Bendow, Westermeyer u. A.

Im Großen Schauspielhaus

#### Wallner - Theater

8 1/2 Uhr, Der Schläger 8 1/2

#### Das blonde Wunder

#### Metallbetten 10<sup>50</sup>

Schlafchaiselongues 24.-

Fabrikpreise Ratenzahlung

Göhr Berlin, Pappelallee 12  
Pankow, Schmidtstr. 1  
frei jeder Bahnstation.



## Der Achtfahrbus.

Von Alexander Merig.

Der Achtfahrbus, sitzt auf einer Fußbank unterm Küchenfenster, auf dem sich würdevoll nach halbtrockenen Blumengewächsen redet, und liest. Auf den Knien hält er ein Märchenbuch. Der hat Ferien.

Trotzdem durch das offene Fenster Klänge einer Hoforgel, begleitet von übermütigen Sauchzern seiner Kameraden bringen, rührt nur sein Atem die Blätter des Buches.

Seine Welt, die Straßen und Höfe, dünkte ihm jetzt kaum schön. Die Welt ist schmutzig. Kinder zanken sich und spucken einander an. Von der Gasse steigt schlechter Geruch. Die vielen Hunde ähneln mit ihren grauen Felljotten fast dem Rost der Eierhändlerin Munk. Frau Munk steht vor dem Buchladen, den der so gern besucht. Hier plärrt sie, mit Gebärden eifrig auf die Eier wiesend, den Preis über die Straße.

Diesem Alltag fehlt es nicht an bunten Bildern des Geschehens, doch der träumt sich in eine andere, größere Welt.

Sobald fährt er — im Märchenbuch — auf einem großen Dreimaster nach Afrika, Arabien und Indien. Die Segel des Schiffes blähen sich stark; ganz nach seiner Phantasie. Höhe ist fühlbar, die träge das Wasser. Matrosen tapfen über Deck. Einige reinigen, im Munde an einer kalten Tabakspitze saugend, ihre Schlafsojen. Dazwischen erklingen, begleitet mit Gesang, von der Liebharmonika fremde und heimatsweilen.

Sobald löst die Windstille vereint mit der Hitze nach, worauf hurtig dem ersten Anlegehafen zugesteuert wird. Hinter dem eilenden Schiffe ziehen in munterer Jagd gefährliche Haie. Matrosen werfen ihnen zahllosen Speck zwischen die Zähne und der denkt, doch er als Häufchen viel mageren und solchigen Speck schlängen wollte, monach sich schnell der Durst (der löst ihn gern mit Himbeerwasser) einstellt.

Nun, der Speck und die Häufchen haben den Achtfahrbus etwa abgelenkt? —

Nach Tagen guter Fahrt, kein Sturm erregte dem unterm Fenster über Worten laufenden der die Sinne, betritt er den Urwald mit seinen Moskito, schillernden Wirtstagen, riesig rundem Schlangengewürm, Sumpfen und schlängelnden Ranken. Freche Wesen, langbeschwänzt, braunbeißig, turnen hoch in den Baumkronen über keinem Kopf. Zimmtfarbene Papogelen mit roten Fäden durchschwirren die Luft mit schrillen Rufen. Ihm zur Seite blähen große, weiße Blumen, deren lange, betaute, blaue Staubfäden wie zum Gruß seine Wangen streicheln.

Das Märchenbuch muß jetzt seine besten Schätze herausgeben. Der blättert aufgerollt darin und läßt schon um bestimmte Sätze eigene Phantasie fortarbeiten.

Auf dicklederne Rißperde wird eine pompöse Jagd gemacht. Der schließt ihnen eigenhändig die Kugel in den Kopf, enthäutet sie, speist die Delikatessen, um über den zurückbleibenden Kadaver in anatomische Betrachtungen zu verfallen. Der Häuptling des dortigen Regierstammes veranstaltet darauf ein dreitägiges Fest, an dem der Achtfahrbus gründlich den Charakter, die Sitten und hochantiken Länge der Wälder erlernt. Aus Ehrung erlaubt der wohlwollende Häuptling, drei Tage allein mit seiner schönen, jungen, glutäugigen Tochter im Wigwam schlafen zu dürfen.

Hier gerät die Phantasie bei der gründlich ins Stocken! — Ueber idyllische Wasserwege landet er nach Verabschiedung von dem freundlichen Regierstamm in Arabien. Und gierig schauen die Augen: An grellsonnigen Stadtstraßen, deren Häuser verwittert erscheinen, leuchten dunkelhäutige Händler. Geheimnisvoller fremder Wortlaut klingt gierend in den Ohren. Rogisch zieht ihn ein Bazar an. Er wühlt und fingert in all den farbenreichen und glimmernden Dingen. Perlenketten, Ringe mit Steinen, festam funkele, schillerte, fröhliche Teppiche, buntes Tuch und die herrlichen, zweischneidigen Schmuckelwaffen durchströmen seine Wünsche.

Doch das sei vergessen! Der reitet auf sehnigen hengsten durch ledernen, oder gelben Wüstensand.

Wie ein Pfl, von den Rufen Arabiens geschührt, entrinne er dem immer Opfer fordernden Wüstentum Samum. Der ist glücklich, freigeleit Abenteuer und sonnengebräunter Träumer.

Nach jetzt die Augen eines Nimmersatt, doch mit geschmeidigen Gliedern und einiger Reiferefahrung, wandelt der nach Fortzug aus Arabien unter indischen, lederdicken, moosgrünen, langschwären, schwerhändigen, spitzblättrigen Palmen. Welche freie Kleidung der Jader umhüllen seine Glieder; auf dem Kopf ein Turban.

Der wandert wie jemand, der ruhen möchte. —

Die herrlichsten Paläste, marmorn fundamenter und wachsend bis zur goldenen Kuppel, prunkvollste Gärten, ihre Blumen wie Perlen, duftig die Sinne umgeben. Tempel, in deren reiner Stille Befangeneheit fußt, die stark trächtigsten Urwälder mit heiliggesprochenen Tieren, das hat der durchheilt und wurde seinen Augen vertraut.

Vor einem Schlangenschwörer hemmt er den Schritt. Begleitet vom monotonen Spiel der Flöte, ringeln, schlängeln und schlängeln sich spaltzungig, giftgeährte Schlangen im Lango. Die Flöte wimmert leiser der ist, als schwimme er sinnetrunken zwischen giftigen Wärmern. Schwerer wird ihm der Kopf, feuriger werden die Wärmer.

Nach fährt er jetzt hoch! An der Tür hämmern Freundeshände. Erschrocken, taumelnd wie eine entblöhte Mör, öffnet er die Tür. Nicht lange läßt ihn der Freund „Begehrt“ fragen. Er zerrt ihn über ausgelegene Treppen und dunklem Flur auf die Straße.

Und die Klage?

Einer der stärksten Jungen des Umkreises hält in den großfleischigen Lagen eine Schwalbe. Sie sollte sich im Fluge am Dache eines Hauses geflogen haben und heruntergefallen sein. Unter heischem Disput und Handeln bängen die Augen der Schwalbe in Sehnsucht und Schmerz. Sie ist ihrer Freiheit beraubt, aus dem sonnigen Kether gefallen.

Der taucht das Tierchen mit Mühe gegen sein Märchenbuch ein. Nun taumelt er, seinen Kameraden ersiehend, zur Wohnung. Mütterlich huschelt er die Schwalbe in ein mit Wotte gefülltes Ristchen. Seine Verletzung ist an ihr sichtbar. Der neigt den Schnabel mit Wasser und läßt fliegen, die sie jedoch — nicht frißt. Da wird es dunkel in seinen Augen. Beide blickten einander wehmütig und zitternd an.

So trägt der den Vogel sorgsam in beiden Händen zum Sandplatz. Um ihn herum erstrecken sich kleine gefohrene Rosenflächen. Hier legt er die Schwalbe ab, die, sich duckend, nicht rührt. Schon nach bedenklich eine Rote schreiender Wurschen. Das Herz klopfte bei ihrem Anblick; denn wenn diese heran sind, ist kein Schützling verloren. Hastig greift er das Tierchen und wirft es hoch in die Luft.

Die Schwalbe flattert wie geschwächt über die Wiese, stellt ihren schlanken Körper hin, und einschwindet mit gewohntem Kühnen

Flug hinter geröteten Wolken, den Rufen der Rote und dem Blick ihres Befreiers.

Der geht darauf zu der Rote, die in den Sandgruben einem wilden Spiel hüdtigt und spricht herausfordernd: „Glaubt ihr, daß die Schwalbe Afrika, Arabien und Indien von mir grüßen wird?“ Der hat das in Liebe und nach Freiheit schlagende Herz wie der Vogel. In ihm blüht Freude und telmt Kraft. Stolz blüht er bei seiner Frage auf die sich ballenden Wolken.

Über die Rote wirft ihn hinterhältig in eine Grube. Bepöppelt, belacht und bestreut der mit Sand, als sei er ein Abtrünniger!

## Stresemanns Heimkehr.



Herg! „Meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihren Erfolgen in Genf, lieber Stresemann! Unter uns: wenn ich nicht in der Regierung wär — gäbe das einen Mißtrauensantrag!“

## Erinnerung an Anuradhapura.

Von Andreas Lohse.

Man muß Ceplon von früheren Reisen her kennen, oder auf der Insel anständige Freunde haben, um mit der richtigen, raffinierten Regie nach Anuradhapura, der verfunkenen, vom Urwald verschlungenen Residenz des großen Rajah (schred Radha) Anu zu gelangen. Den meisten „Bergnügungs“-Reisenden bedeutet schon der zweitägige Aufenthalt in dem primitiven Kasthaus, das nur von einigen Eingeborenen umgeben am Rande des Ruinenfeldes steht, ein allzu hartes Opfer für die Befichtigung von Trimmern, die mehr als zweieinhalb Schrittauende hinter unserer Schmachsrichtung zurückliegen. Wäre die Verlockung der bequemen Schiffsanverbindung nicht, die nur eine Nacht zwischen der Esplanade von Colombo, und die kleine, mühsam erhaltene Lichtung mitten im tiefsten Dschungel legt — es würde sich nur selten ein Europäer — ohne jede Aussicht auf Geldgewinn — so weit in den Urwald verirren.

Und doch sollte, wenn schon die seltsame Gnade zuteil wird, mit selbstgeschauten Bildern aus diesem Tropenparadies sein Lebensbuch illustrieren zu dürfen, die Mühe eines doppelten Umwegs nicht scheuen, um das Erlebnis der Fahrt, aus den höchsten Regionen der Insel mitten in die Wildnis des Tieflandes hinein, als letzte Erinnerung an Ceplon mitzunehmen. Wer diesen Wechsel voll auskosten will, muß mit der Gebirgsbahn, die der große Strom der Tropenreisenden nur bis Kandy benutz, bis an die Endstation Kur-Ella hinauffahren. Es ist nicht zu leugnen, daß die Strecke hinter Kandy nicht viel Sehenswertes bietet, sie schraubt sich, wie jede europäische Alpenbahn, in mächtigen Lehren zur Höhe, und der größte Teil der Fahrt ist nur geeignet, die Augen Missier Viptons zu erfreuen, dessen Namen in riesigen Buchstaben alle Finger lang über das Zwerggewächs des Bergabhangs emporragt. Drei volle Stunden lang durchschneiden die Schiffe des Geleises denselben dichten Wald von winzigen Bäumchen, die jährlich einmal von tausenden fleißigen Singabalesingern abgezapft werden, um den berühmten Siptonischen Tee nach Europa zu liefern. Auch das Ende der momentanen Reise ist wirklich erstrebenswert nur für die anständigen Europäer, die dort oben nahezu 2000 Meter über dem Meere die erschöpfende Kühle ihrer kernen Helmat atmen, abends sogar am Kaminfeuer ihre Füße wärmen, und am Montag morgen ausgelüftet in den Badisen von Colombo zurückkehren.

Man muß nicht nur die holländische Blut des tropischen Tieflandes kennen, man muß auch Engländer sein, um ganz zu begreifen, was für die Kaufleute, Plantagenbesitzer, Offiziere und Beamten der Insel die Möglichkeit bedeutet, die beiden letzten Tage der Woche auf dem prächtigen grünen Rasen des Golfplatzes von Kur-Ella richtig gehen, bei hoch am Himmel stehender Sonne zu Fuß dem Balle nachzusehen zu können! Für den sündigen Besucher der Tropen hingegen, für den neugierigen Gast, der ja gerade tropisches Klima und tropische Vegetation zu erleben aus Europa herüberkam, bietet das grüne Hockal ohne Palmen nichts, was er in so weiter Ferne zu suchen brauchte. Die Stimmungsbilder von Kur-Ella, die defollierten Engländerinnen, die sich kriehend um die klammernden Schritte der Hotelallee drängen, beschert ihm ohne Scereffe ein Herbstabend in jedem beliebigen Schweizer Kurort mit Golflinks.

Das Erlebnis bedeutet die Rückfahrt mit dem Morgenschneffeln, den man zwei Stunden vor Colombo verläßt, um in den Gegenzug der Nordbahn umzustiegen. So erreicht man nach am Abend desselben Tages, kaum zwölf Stunden nach der Abfahrt von Kur-Ella, die Endstation der Flachlandlinie: Anuradhapura. Am Morgen rollt der Reisende, in seinen dicksten Wollst, einen wolkigen Schal um den Hals, über die gepflegten Straßen Kur-Ellas, im Hotelauto zum Bahnhof hinaus — und am Abend steigt er im Scheine einer einzigen, blingelnden Petroleumlaterne, vor einem winzigen Stationsgebäude, das wie erschrocken über die eigene Kühnheit in den Schatten des Urwaldes sich duckt, in einen ungeheberten Karren, den zwei Büffel ziehen. Ringsum raucht, jirpt, singt und brüllt der Dschungel, aus dem Schläge geschredte Affen kreischen in den hohen Kronen, durch uralte Finsternis tollert und humpelt der Karren, über mannsdicke Wurzeln hinweg, die Inorria, wie geizige Finger das Recht des Besitzers auf jeden Fußbreit Boden verteidigen, den Weg zu versperren suchen im Namen des ewigen Waldes, der Jahr für Jahr mit Werten, Haden, Schaufeln, Sägen von neuem zurückgeschlagen werden muß. Immer tiefer stolpert man in die Wildnis hinein, dickflüssig wie Tinte ist die Finsternis, unheimliche Laute zuden auf und vergurkeln, ein unlichtbares Leben wimmelt ringsum in der Schwärze, und die Fahrt nimmt kein Ende, die unverständlichen Zurufe des Rutschers an seine Büffel gellen drohend aus dem Urwald zurück — daß die Herzen lauter klopfen und die Hand mißtraulich nach dem Revolver tastet.

Da taucht endlich ein Licht auf, schwimmt näher, der Karren hält vor dem leisen Schimmer einer hellen Mauer, man ohnt Lische in einer rötlichen Zaubergrotte, steigt an ihrem geöffneten Rachen vorbei über Stufen, die verfallen und wackelig sind, wie die zweitausendjährigen Ruinen des Königs Anu nebenan. Licht von Mäusen, Ratten, Eidechsen und Schlangen durchschneide Höhlen, die der Besitzer „Zimmer“ nennt, öffnen ihre Türen auf eine gemeinsame Terrasse; man wird gewarnt, durch Inspektion der Kerze den Rücken und Fiebertermäulen den Weg zu seinem Bette zu weisen, und zugleich dringend hinuntergeben zum „Dinner“ in der Grotte, deren Dach die Terrasse ist.

Wenige Minuten später liegt auf dem Stuhl vor der Zimmertür spitzernack der neue Gast, hört in unerreichbarer Höhe über sich das schwarze Gemebe der Palmenblätter rauschen, und von seinem Leib, der vor Stunden im Witter noch fröstelte, rieselt in gleichmäßig fallenden Tropfen der Schweiß auf den glühenden Steinboden nieder. Die Nacht ist zu dunkel, als daß er auch nur das Weiß seiner eigenen Glieder erspähen könnte; aber das mehrstimmige Geflüster in der Nähe verrät, daß alle Bewohner des Hauses es vorziehen, ihr Blut den Mücken zu opfern, wenn sie nur das Kribbeln eines Fiebers auf dem gelöteten Körper ertragen müssen. Die Türe des unsichtbaren Hochofens, der den Atem seiner Essenlava unter das Laubdach des Tropenwaldes saucht, steht wieder offen; die Phantasie lehnt es entschieden ab, an eine Möglichkeit zu glauben, die menschliche Wesen zwingen kann, sich gegen Kühle zur Wehr zu setzen! —

In hundert Jahren wird man vielleicht wirklich erleben können, was die Reise von Kur-Ella nach Anuradhapura vorläuft: die Distanz einer Tagesreise zwischen dem Frühstück im Schweizer Alpenhotel, und der Nachtruhe auf der Terrasse im Urwald, nach unter dem südlichen Kreuz, das durch die Finsternis der Palmenblätter blinzelt, statt des Klaffens der Hunde am Morgen, das Kreischen der Affen und das Brüllen des Tigers irgendwo in der Nacht. (Schluß folgt.)

## Die Ente.

Eine Kleinstadigeschichte von Alfred Triebse.

Große Aufregung herrschte in der Straße, die doch sonst von erschütternden Ereignissen verschont blieb. Scharf und spig waren die Stimmen der Leute (die vor Wut zitternd einhergingen), und feindselig ihre Blicke. Das war ja auch zum An-die-Hölle-fahren. Wie einen Peitschenhieb empfand man diese Schmach. Diesen Hohn, der gelend durch die Gassen pfiff. Durch alle Ohren, durch alle Hirne, alle Herzen. Es war ja gerade, als hätte der Teufel ein Bündel Dinsteln in die Seelen der Leute gestopft. So aufgebracht waren sie. So rot, so puterrot im Gesicht. Die Augen hingten ihnen beinahe zum Kopfe heraus und spuckten Salztränen vor Wut — vor unsagbarer Wut. Es heulte in allen Gemütern und steckte in ihnen wie das Gebiß eines tollen Hundes. Was war denn los?

„Haben Sie es nicht gehört?“  
„Haben Sie es noch nicht gesehen?“  
Die Röcke der dicken Schwamweiber rauschten heran, und die Männer drehten ihren Schnauzbart steil nach oben, daß er wie Witz in den Himmel stach.

Dieser Wütmers! Dieser Krämer mit dem kleinen Laden. Wie hochläufig er in ihm stand und die Kaffebohnen abwog oder ein Viertel Pfund Margarine zusammenschmeckte. Wie ein Gespenst kam er aus der dunklen Stube in den dürftigen Laden hinein, wann die Türbimmel klotzte. Der Wütmers hatte jetzt einen langen rostigen Nagel in die Wand hineingeschlagen und eine Ente daran aufgehängt. Eine Ente! Wer sollte die denn kaufen? Die Hinterhäuser etwa? Oder die Vorderhäuser? Die waren nicht reich! Wut, es war ja zum Lachen, daß sich die Balken diegen konnten. Die Hinterhäuser aßen Pfefferfleisch und klopften sich des Sonntags Freibankfleisch in den Bauch. Aber — eine Ente! Doch der Wütmers eine Ente heraufhing! Mochte die dort hängen bleiben mit ihrem langen Hals und dem Festschlumpfen daran. Wie das Gesicht einer Wasserleiche sah sie aus. Gelbweiß, zäh, stopplig. Als sie den alten Merker aus dem Kanal zogen, hatte er genau so ausgesehen. Jawohl, den Bergleisch zogen die Hinterhäuser heran und wollten — sollte es einem einfallen, den Judas zu spielen und doch die Ente zu kaufen — damit allen den Appetit verderben. Und dem Wütmers das Gesicht. Nicht ein Heringschwanz sollte aus seinem Laden getragen werden. Lieber lief man eine halbe Stunde durch die Stadt und streift sich mit den Marktweuten. Dann bekam man seine Sachen auch so billig.

Und das war recht: eines Abends hatte der kleine Jule der Ente eine Feder aus dem Steiß gezogen und war triumphierend damit fortgerannt. Und die Wurschen und Mädchen hatten das Rufen gelassen und aus den Hausfluren gepiffen. Zum Wütmers hinüber. Der hatte es wohl gemerkt, daß es ihm galt. Wie er bang in der Ladentür stand und nach der Kundschaft spähte. . . . Jawohl, die blieb ihm weg. So einem . . . Höchstens, daß einmal einer ging und auf Borg einkaufen wollte — und dann das Geld nicht wieder zurückbringen mochte. Hahaha!

Der Ente Hals wurde immer länger und ihr Körper schrumpfte zusammen und hing von unten an blau zu werden. Der Wütmers hatte Mühe, die Fliegen fortzuschmecken. Aber eine mühte sich wohl doch festgesetzt haben. In der Mitte lag schon ein grüner Streifen, um den es in allen Farben schillerte. Und einer hatte mal der Ente auf den Rücken geklopft und dabei gefühlt, daß er ganz weich war. . . .

Der Wütmers nahm den Unglücksvogel des Abends zitternd hinein. Jedesmal trauriger. Selber konnte er ihn nicht essen. Und da verlangte er, daß arme Leute ihn kaufen sollten. Was der Wütmers sich wohl gedacht haben mag! Welche der, ein Reicher ließe die schmutzige Strafe entfangen und kaufe sich ausgerechnet hier eine Ente? Gerade bei ihm? Wie der schon immer auf den gelben Schnabel und die Pfoten sah. Jeden Tag hoffnungsloser. Das war ihm aber recht. Die Ente stank ja schon den Leuten in die Nase hinein. Im großen Bogen gingen sie um den Laden herum. Teils hatte es seine Berechtigung, teils wollte man es mit Absicht schlimmer machen. Uuuuh!

Eines Morgens war die Ente verschwunden, und Wütmers lag lauernd hinter dem Ladentisch. Mit fast weinerlichem Gesicht. Hatte jemand die Ente gekauft — das stinkende Vieß? Das konnte nicht sein, das hätte man auch gesehen. Man hatte doch den Laden gehörig bewacht.

Aber nein, der kleine Jule — dieser Heß! — hatte sie in der Müllgrube, tief unten, gefunden. Und die Marie, die nicht laufen konnte, hatte gesehen, wie Wütmers die Ente mit einem fürchterlichen Fluch in die Müllgrube geschleudert und dann Mist und Kram über sie geschüttet hatte. Wo doch? Und nun? Der Wp war gewichen. Diesmal war es aber gerecht hergegangen. Ganz für die armen Leute zum Vorteil. Und der Wütmers? Der hatte nicht wenig Großchen zum Fenster hinausgeworfen — in die Müllgrube hinein. Bis umständlich. Das mußte ihn hart mitnehmen. Schließlich war er doch auch ein armer Mann. Jawohl, das war er. Nun hatte er rechtlich gebüßt für den Hochmut, eine Ente vor den Laden zu hängen. Vielleicht hatte er es gar nicht so gemeint und den Geldbeutel seiner Kundschaft überschätzt? Daran dachte man und kühlte sich sonar ein wenig geschmeichelt, und ging wieder in den Laden von Wütmers und — kaufte. Und langsam verromm dieses böse Ereignis in den großen Strom der Zeit, und man sah sich wieder unbesungen in die Augen. Wütmers hatte auch den langen rostigen Nagel aus der Wand gezogen. Nur ein kleines Loch blieb zurück. Wie eine Wunde. . . .

# Der Ausbau der Elektrowerke.

## Erweiterung der Anlagen. — Befriedigender Abschluß.

Die dem Reich gehörenden Elektrowerke L. G. mit ihren Großkraftwerken in Golpa-Tschornowiz, Trattendorf und Laube haben das Geschäftsjahr 1926 zu einem starken Ausbau ihrer Anlagen benutzt. Die geplanten Neubauten, die die Leistungsfähigkeit dieser Werke auf mehr als 400 000 Kilowatt brachten, sind fertiggestellt. An dem technischen Ausbau der Gruben, ebenso wie an der Erweiterung des Fernleitungsnetzes wurde weitergearbeitet. Gleichzeitig sicherten sich die Reichswerke neue Absatzgebiete durch Stromlieferungsverträge mit Schlesien und durch den bekannten Vertrag, den die Elektrowerke mit den Berliner Städtischen Elektrizitätswerken gemeinsam für die Elektrizitätslieferung an die Stadtbahn abgeschlossen haben. Zur Erfüllung der Verträge werden neue 100 000 Volt-Verstärkungen vom Kraftwerk Trattendorf in der Niederlausitz nach Berlin und nach Tschornowiz bei Breslau geführt.

### Produktionsergebnisse.

Die Stromerzeugung selbst wurde beeinträchtigt durch die Tatsache, daß die dem Reich gehörigen Mitteldeutschen Stickstoffwerke im letzten Jahre ihre Umstellung vornahmen und infolgedessen wesentlich weniger Strom bezogen. Aus diesem Grunde ist der gesamte Stromabsatz der Elektrowerke von 1577 auf 1486 Millionen Kilowattstunden zurückgegangen. Der Absatz an die übrigen Teilnehmer ist jedoch gestiegen. Der Geschäftsbericht stellt daher fest, daß die zentrale Großversorgung, die auch vielfach zur Ausschließung bei Störungen anderer Werke benutzt wurde, gerade im Berichtsjahr ihren Nutzen besonders auffällig gezeigt hat. Entsprechend der geringeren Stromlieferung ist die Förderleistung der Gruben etwas zurückgegangen. Nur die Brilleiterzeugung weist eine Steigerung von 110 000 auf 127 000 Tonnen auf.

Die Herstellung starker Beziehungen zu den Abnehmern und die Erweiterung des Interessentkreises in der Stromerzeugung führte zum Erwerb neuer Beteiligungen, über die wir bereits früher berichtet haben.

### Gewinn- und Bilanzergebnisse.

Die Konsolidierung, die von den Reichselektrizitätswerken planmäßig betrieben wird, findet ihren Niederschlag auch in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung. Der Betriebsergebnis hat sich trotz des verringerten Stromabsatzes um rund 300 000 M. auf fast 14 Millionen Mark gehoben. Der Reingewinn wird nahezu unverändert mit 5 Millionen Mark ausgewiesen. Den größten Teil, nämlich 4,8 Millionen Mark erhält das Reich in Form einer Dividende von 8 Proz.

In Wirklichkeit sind die erzielten Ueberschüsse wesentlich höher gewesen, was in der Bildung stiller Reserven zum Ausdruck kam. Zwar werden die großen Anlagekosten (Grundbesitz, Grubenkraftwerke, Fernleitungen usw.) um rund 13 Millionen höher ausgewiesen als im Vorjahr. Es ist aber mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die neuerstellten Anlagen und die Neuerwerbungen mit großer Vorsicht bewertet worden sind. Das gilt auch für die Effekten und Beteiligungen, die einen Zuwachs um 1,1 auf 9,69 Millionen Mark aufweisen. Vorweg aus dem Betriebsgewinn abgezweigt, ist ebenso wie im Vorjahr, ein Betrag von 5,75 Millionen Mark, das dem Erneuerungsfonds gutgeschrieben wurde. So erhöht sich diese offene Rücklage, die trotz der Erweiterungsbauten und Neuerwerbungen im Vorjahr nur unwesentlich in Anspruch genommen worden ist auf 35,97 Millionen Mark — ein weiteres Zeichen dafür, wie die Aufwendungen für die Neubauten und Neuerwerbungen aus laufenden Betriebsüberschüssen entnommen worden sind. Das Erneuerungsfondsvermögen beträgt jetzt mehr als die Hälfte des Aktienkapitals, zusätzlich des gesetzlichen Reservefonds. An Bankguthaben werden 8,27 Millionen Mark ausgewiesen, die allein bereits die Kreditoren in Höhe von 8,4 Millionen fast vollkommen decken. Außerdem bestehen noch Forderungen an befreundete Gesellschaften in Höhe von 8,4 Millionen Mark. Während dieses Konto im Vorjahr noch 16 Millionen betragen hatte. Diese Zahlen zeigen, wie die Gesellschaft darauf bedacht gewesen ist, auch ihre Liquidität zu verstärken.

Bei dem günstigen Abschluß leuchtet nicht ein, weshalb die Rücklagen für soziale Zwecke, die im Vorjahr 280 000 M. betragen hatten, in diesem Jahre nur mit 100 000 M. neu bedacht worden sind.

### Die Elektrowerke im Rahmen der Gesamtwirtschaft.

Im ganzen ergibt der Abschluß der Reichselektrizitätswerke das Bild eines vollen Erfolges, dieses dem Reich gehörenden Unternehmens, sowohl in bezug auf seine Rentabilität wie in bezug auf die Erfüllung seines wachsenden Aufgabekreises. Immer stärker greifen die Interessen der großen Elektrizitätsunternehmen ineinander über. Die Reichselektrizitätswerke sind jetzt das größte unter den Großkraftwerken. So wäre daher nur zu wünschen, wenn die im letzten Jahre viel diskutierten Interessengegensätze zwischen den Reichswerken und den preussischen Elektrizitätswerken allmählich hinter dem Willen einer bewußten Zusammenarbeit sämtlicher beteiligten Stellen zurücktreten. Die bisher von Preußen nach dieser Richtung angeführten Maßnahmen, die auf eine Zusammenfassung der preussischen Elektrizitätsinteressen abzielen, lassen hoffen, daß dieser Weg zu gemeinsamer Arbeit auch auf diesem Gebiete bald geöffnet sein wird. Im übrigen brauchen die Reichselektrizitätswerke, das zeigt auch der vorliegende Abschluß, keineswegs den Vergleich mit irgendwelchen ähnlichen privaten oder gewerkschaftlichen Unternehmen zu scheuen, wie es überhaupt gut wäre, wenn die Träger der öffentlichen Wirtschaft gegenüber den Angriffen der privaten Industrie etwas mehr aus sich herausgingen und ihre Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft damit zugleich für die private Industrie stärker als bisher betonten.

internationalen Uebertourerenz die Ausfichten neuer, schneller und ökonomischer Schiffe ganz besonders günstige und damit die deutschen Schiffsbauten im besonderen gerechtfertigt seien. Daran mag etwas richtig sein. Aber wir glauben, daß die deutschen Reedereien die von ihnen durchgeführten Schiffsbauten kaum in solchem Ausmaß vorgenommen hätten, wenn ihnen nicht die sogenannten „Berlinsubventionen“ zur Verfügung gestanden hätten, die in Wahrheit Subventionen für die großen Reedereien sind.

Die Berlins- und Schiffahrtsubventionen möchte Dr. Cuno damit rechtfertigen, daß die schnelle Indienststellung neuer Schiffe die Ueberlegenheit der deutschen Handelsflotte in der internationalen Schifffahrt fördere und damit der Beitrag der deutschen Reedereien zur Aktivierung der Zahlungsbilanz steige. Grundsätzlich erklärt sich Dr. Cuno im Namen der deutschen Reeder gegen Subventionen. Weder die Kredite aus dem 50-Millionen-Fonds noch die jetzige Zinsverbilligungsaktion habe mit Subventionen irgend etwas zu tun. Beide Aktionen seien unter dem Gesichtspunkt der produktiven Arbeitslosigkeit zu betrachten und seien ein notwendiges Uebel gemein. Subventionen in dem Sinne, daß laufende Unterstüßungen gezahlt würden, um die mangelnde Rentabilität einzelner Firmen auszugleichen, lägen nicht vor.

Dieser Art, grundsätzlich „Subventionen“ abzulehnen, praktisch aber sozial Zinsgeschenke vom Staate in Anspruch zu nehmen, als nur erreichbar sind, eine solche Argumentation ist lächerlich und komisch zugleich. Aber sie ist charakteristisch für das deutsche Unternehmertum überhaupt, und man muß es begrüßen, daß Herr Dr. Cuno die Gelegenheit dazu gegeben hat, das wieder einmal festzustellen.

**51 Proz. Dividende bei Muratti. Eine Frage an den Steuerfiskus.** Geradezu tolle Gewinne schütete die Muratti A. G. an die Aktionäre aus. Aus einem Reingewinn von 105 927,06 M. ergeben sich zunächst 21 Proz. Dividende (wie schon im Vorjahr) auf 500 000 Mark Aktienkapital. Außerdem aber erhalten die Aktionäre eine außerordentliche Zuzahlung von 150 000 M., und zwar, wie es im Geschäftsbericht heißt, zur Abdeckung von Darlehensschulden der Aktionäre gegenüber der Gesellschaft. Natürlich sind diese 150 000 M. dem Gewinn entnommen; den Aktionären werden ihre Schulden geschenkt, so daß sich die tatsächliche Dividende damit auf 51 Proz. erhöht. Es muß die immerhin auch für den Steuerzahler recht interessante Frage aufgeworfen werden, ob die Aktionäre der Muratti A. G. für ihr 150 000 M. „Darlehens“geschenk die Kapitalertragssteuer zahlen, die sie bei Einrechnung der 150 000 M. in die Dividende zu zahlen hätten.

**Abbau der Hafengebühren bei der Behala.** Die Berliner Hafenanlagen sind von der Stadtgemeinde Berlin in die gemischtwirtschaftliche „Behala“, Berliner Hafen- und Lagerhaus A. G., eingebracht worden. Von dem 1,68 Millionen Mark betragenden Aktienkapital haben die Stadt Berlin und die bekannte Speiditionsfirma Schenker u. Co. den größten Teil im Besitz. Die Stadt, die aus der Verpachtung der Betriebsanlagen an die Gesellschaft vorläufig so gut wie keine Einnahmen hat, und, da die Behala bis jetzt ohne Ueberschüsse arbeitet, auch keinen Reingewinnanteil bezieht, ist gegen früher, wo die Verwaltung der Häfen regelmäßig Verluste erlitt, insofern besser gestellt, als sie jetzt keinen Zuschuß mehr zu leisten braucht, dafür aber von dem Betrieb Steuern (im letzten Jahre rund 110 000 M.) erhält. Die Behala hat von 1924 bis 1926 ihren Umsatz von 874 540 auf 1 591 635 Tonnen erhöhen können, ihre Einnahmen dagegen nur von 2,9 auf 3 Millionen Mark gesteigert. Es ist also eine Verringerung der Hafengebühren usw. von 3,35 auf 2,02 M. je Tonne erfolgt. Diese Gebührenpolitik, die von den Kreisen der Industrie und des Handels natürlich begrüßt wurde, hat den Anlaß zu heftigen Angriffen seitens konkurrierender Transportunternehmen gegeben. Bemerkenswert ist, daß in den letzten drei Jahren insgesamt 3,22 Millionen für Neubauten, insbesondere für die Erweiterung des Westhafens, ausgegeben wurden. Die gesamte Steuerleistung ist von 113 747 M. im Jahre 1924 auf 227 692 M. im Jahre 1926 gestiegen. Der Rohgewinn des letzten Jahres wird fast ganz zu Abschreibungen (258 000 M.) verwendet, so daß nur 1607 M. als Reingewinn verbleiben, die zusammen mit 21 872 M. Vortrag aus letztjähriger Rechnung für 1927 vorgetragen werden. Die Zahl der Angestellten wurde von 162 auf 125 verringert und der organisatorische Aufbau des Betriebes weitgehend vereinfacht.

**Rückgang der Kohlenförderung.** Im rheinisch-westfälischen Kohlenbündel wurden Mitteilungen über den Rückgang der Kohlenförderung und des Kohlenabsatzes gemacht. Die arbeitstäglige Förderung ist im Februar auf 400 000 gegen 430 000 Tonnen im November gesunken. Wechslich ging der arbeitstäglige Gesamtabsatz des Syndikats zurück, nämlich von 324 000 Tonnen im November auf 288 000 Tonnen im Februar; seit dem 3. inf. v. J. die niedrigste Ziffer. In der ersten Märzwoche ist gegenüber der letzten Februarwoche die arbeitstäglige Förderung von 408 000 auf 397 000 Tonnen weiter zurückgegangen. Gleiches klingt die Bemerkung aus der Mitgliederversammlung, daß man eine sobald nicht wiederkehrende Gelegenheit zum höheren Absatz nunmehr unwiderrbringlich verloren habe und einem erheblich verschärften Wettbewerb gegenüber stehe. Im Inland mache sich die Konkurrenz der einzelnen deutschen Bergbauzweige stark fühlbar; noch schärfer zeige sich der Umchwung in den von der Auslandskonkurrenz befallenen Gebieten. In der Zukunft liege der Anknüpfungspunkt für den Auslandsabfall mehr in der Preis- und Sortenfrage als in der Mengenfrage, die in den letzten Monaten die Situation vorwiegend beherrscht habe.

**Die Internationale der Unternehmer** — so lautet ein Vortrag, den der uniseren Lesern bekannte Wirtschaftskritiker Genosse Paul Ufermann in Form einer Broschüre (Verlag des Ortsausschusses Lübeck des ADGB, Preis 0,50 M.) hat drucken lassen. Die Schrift gibt eine anschauliche Uebersicht über die verschiedenen Formen überstaatlicher Verbindungen von Unternehmern aus Industrie, Handel und Verkehr. Ist die Darstellung in dem engen Rahmen von 42 Druckseiten auch nicht erschöpfend, so gibt sie doch einen ausgezeichneten zusammenfassenden Ueberblick der wichtigsten Formen und Zwecke der kapitalistischen Zusammenfassungen vor und nach dem Kriege bis in die neueste Zeit hinein. So erfährt der Weltpetroleumtrust nicht anders als die internationale Kohlenbergwerksgesellschaft und das ganze Welt umspannende Glühampfen Syndikat unter vielen anderen Organisationen eine Würdigung. Ufermann schließt die Darstellung mit einem starken Appell an die internationale Arbeiterschaft, durch Stärkung der internationalen Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Schlagkraft gegen die immer mächtiger werdende kapitalistische Internationale ein Gegengewicht zu schaffen.

**Wettere Krupp-Verkäufe.** Wie gemeldet wird, hat der Krupp-Konzern jetzt das schon seit einigen Jahren stillliegende Stahlwerk in Annen verkauft. Erwerber ist die L. Haas A. G. Magdeburg, die sich mit der Bewertung maschineller Einrichtungen und stillgelegter Anlagen beschäftigt.

## Der Segen der Konsumvereine.

### Bilanz im Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Für den Zentralverband deutscher Konsumvereine, und zwar für 1926 von insgesamt 1000 Genossenschaften, veröffentlicht der Zentralverband deutscher Konsumvereine jetzt die Bilanz für das Jahr 1926. Wenn irgendwo, so lassen sich in diesen Ziffern der gewaltige Aufstieg der deutschen Konsumvereine, ihre wachsende Wirksamkeit und ihr Segen für den Haushalt der Massen deutlich erkennen. Wir haben die Hauptziffern der letztjährigen Entwicklung hier zusammengestellt und mit dem Vorjahr verglichen.

	1925	1926
Zahl der Verteilungsstellen	8 500	8 780
Umsatz	616 000 000 M.	747 000 000 M.
Durchschnittsumsatz pro Mitglied	182	234
Erlös aus selbstprod. Gütern	161 000 000	186 000 000
In der Produktion beschäftigte Personen	6 273	6 555
Produktionswert pro Person	25 607	28 390
In der Verteilung beschäftigte Personen	31 045	32 954
Durchschnittserlös pro Person	19 849	22 000
Gesamtguthaben	20 000 000	29 400 000
Reserven	20 800 000	33 900 000
Spareinlagen	67 900 000	109 100 000
Zuwert des Grundbesitzes	89 100 000	108 500 000
d. Einricht. u. Nachb.	8 800 000	14 600 000
des Warenbestandes	87 00 000	97 900 000
Warenschulden	40 500 000	38 500 000
Bankschulden	10 200 000	4 800 000
Reinertrag, Rabattguthaben und Ueberweisung	24 800 000	82 000 000
Nachvergütung an Mitglieder	3 500 000	5 200 000

In der Mitgliedschaft wurde die große Reinigung von Gelegenheitsgewinnlern aus der Statistik abgeschlossen: Die Mitgliederzahl ging von 3 382 000 auf 3 198 000 zurück. Dabei wurden aber über 1 650 000 neue Mitglieder aufgenommen, von denen sicher ist, daß sie keine Gelegenheitsgewinnler sein werden. Groß ist die Steigerung der Leistungen und der Wirtschaftlichkeit. Während der Gesamtumsatz der Verteilungsstellen um mehr als zwanzig Prozent gestiegen ist, stieg der Durchschnittsumsatz pro Mitglied um fast dreißig Prozent. Die gesamte Umsatzsteigerung war so groß, daß der Verkaufserlös aus selbstproduzierten Gütern der Umsatzsteigerung nicht folgen konnte und obwohl dieser gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich gestiegen ist, blieb sein Anteil am Gesamtumsatz im letzten Jahre gegenüber 1925 dadurch noch um 1,2 Proz. zurück. Daß die Wirtschaftlichkeit in der Warenverteilung wieder sehr beträchtlich erhöht wurde, beweist die Tatsache des Durchschnittserlöses auf jede in der Güterverteilung beschäftigte Person gegenüber dem Vorjahr um fast zwanzig Prozent; der hohe Durchschnittsumsatz der Vorkriegszeit, wo die Kaufkraft noch eine so sehr viel größere war (allerdings bei niedrigeren Preisen), ist überschritten. In der Eigenproduktion ist der Produktionswert, der auf jede der 6555 beschäftigten Personen entfällt, von 25 607 auf 28 390 M., also

um über zehn Prozent gestiegen. Auch hier ist die Friedensziffer wieder überschritten.

Die Gesamtguthaben sind von 3,25 auf 3,95 Proz. des gesamten Umsatzes vermehrt. Die Spareinlagen sind sogar von 11,02 auf 14,61 Proz. des Gesamtumsatzes gestiegen. Auf der anderen Seite konnten die Waren- und Bankschulden sehr erheblich gesenkt werden. Während die Warenschulden mit 40,5 Millionen im Jahre 1925 noch 6,57 Proz. des Umsatzes ausmachten, betragen sie Ende 1926 nur mehr 3,5 Millionen, oder 4,49 Proz. der Anteil der Bankschulden sank nach stärker, von 1,65 Proz. auf 0,65 Proz. des Umsatzes. Wie sehr der Ruhm für die Gesamtmitgliedschaft wuchs, zeigt die Steigerung des Gesamtertrages: von 24,3 Millionen erhöhten sich Reinerträge, Rabattguthaben und Ueberweisungen auf 32 Millionen, d. h. von 3,93 auf 4,29 Proz. des Umsatzes. Aus diesem Gesamtertrag der konsumgenossenschaftlichen Tätigkeit entsaßen 21,2 Millionen allein auf Rabattguthaben, die gegenüber dem Jahre 1925 um rund 50 Proz. erhöht sind. Den Mitgliedern wurde als Rückvergütung die Summe von 5,2 Millionen Mark überwiehen, oder 0,70 Proz. des Gesamtumsatzes gegenüber 0,55 Millionen, oder 0,56 Proz. im vorigen Jahre.

Das ist im ganzen ein glänzendes Bild. Es ist um so glanzvoller, als noch vor drei Jahren Gegenwart und Zukunft der Konsumgenossenschaften höchst ungewiß waren. Aber es ist noch unendlich viel Arbeit zu leisten innerhalb und außerhalb der Organisation, bis die deutsche Arbeiterschaft in ihren Konsumvereinen und Produktionsbetrieben die Gesamterzeugung des Haushalts der Massen bewältigt haben wird. Aber das ist das Ziel, und es muß erreicht werden.

### Zur Lage der Seeschifffahrt.

#### Generaldirektor Dr. Cuno über Schiffahrtssubventionen.

Angehts der großen Neubautätigkeit, der sehr günstigen Abschlässe der großen Reedereien und der neuen Subventionen für Schiffahrt und Werften ist eine Rede, die Herr Cuno, der ehemalige Reichskanzler und jetzige Großreeder, auf dem deutschen Seeschiffahrtstag hielt, von erheblicher Bedeutung. Er begann mit der Feststellung, daß die deutschen Reedereien für die verlorenen Teile ihrer Flotte nicht ein Viertel des verlorenen Wertes vom Reich erhalten hätten, obwohl bekannt ist, daß die Reichenschißdigung über 700 Mill. oder die gute Hälfte des Wertes betrug. Von rund 600 000 Tonnen sei die deutsche Seehandelsflotte wieder auf 3,2 Millionen Bruttotonnen angewachsen und umfasse heute 5,2 Proz. der gesamten Welttonnage gegenüber 12 Proz. im Jahre 1914.

Den besonderen Wert der neuen deutschen Flotte erblickt Dr. Cuno in dem hohen Prozentsatz an neuer Tonnage. Bei einem Weltdurchschnitt von 16,5 Proz. und einem Anteil Deutschlands von 34 Proz. im Jahre 1913 sei der Anteil an Schiffen im Alter von weniger als fünf Jahren in der deutschen Flotte heute auf 40 Proz. gestiegen. Obwohl Dr. Cuno die Zukunftsaussichten im Weltmarkt nicht optimistisch beurteilt, und obwohl die allgemeine Ueberzeugung dahin geht, daß die Neubaupolitik unter heutigen Verhältnissen gefährlich sei, bekannte sich Dr. Cuno zu dem Satz, daß gerade wegen der



# Hahn-Maccaroni

werden nach einem jahrzehntelang bewährten Verfahren aus reinem auserlesenen Hartweizengrieß hergestellt. Wenn man sie nach der jedem Paket aufgedruckten Vorschrift mit reichlich Wasser kocht, wird man erstaunt sein, wie stark sie aufquellen, wie ausgiebig sie sind und wie gut sie schmecken. Ein Mittagessen, wie es preiswerter, wohlschmeckender und nahrhafter kaum gedacht werden kann.

